

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

18. Jahrgang 1970

2. Heft/April

HAGEN SCHULZE

## DER OSTSTAAT-PLAN 1919

**D**rei Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags in Versailles, am 25. Juni 1919, traf in der Reichskanzlei eine Denkschrift des preußischen Innenministers Heine ein, die folgendermaßen begann:

„In politischen Kreisen des Ostens wird vielfach der Gedanke einer selbständigen ostdeutschen Republik erörtert. Sie soll – ohne daß damit schon genauere Vorstellungen vorhanden wären – etwa Ost- und Westpreußen, den Netzedistrikt, evtl. auch den Regierungsbezirk Köslin, Posen und Schlesien umfassen. . . . Selbstverständlich ist der Plan der ostdeutschen Republik nicht der Rheinbundidee gleichzustellen, sondern er ist gedacht als äußerster Notbehelf. Für den Fall, daß die Regierung sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages entschließen muß, glauben politische Kreise im Osten, den Kampf um die nationale Existenz des Deutschtums nur unter dieser Flagge führen zu können; auch für die etwa notwendig werdende kriegerische Verteidigung gegen die Polen würde das manche Vorteile mit sich bringen. Man hofft auf diese Weise vom Deutschtum zu retten, was zu retten ist; man glaubt, dadurch die Ostprovinzen als Ganzes national und wirtschaftlich intakt halten und zu gegebener Zeit – bei dem in naher oder ferner Zukunft zu erwartenden Zerfall des Polenreiches – wieder zu Deutschland zurückkehren zu können, und man erblickt in einer autonomen Anlehnung der Ostprovinzen an Polen ein geringeres Übel als in der Annexion, wie sie der Entente-Entwurf des Friedensvertrages vorsieht . . .“<sup>1</sup>. Zweierlei an dieser Denkschrift ist bemerkenswert: zum einen das offensichtliche, wenn auch distanzierte Verständnis, das der Verfasser, zumindest zwischen den Zeilen, dem Plan einer Oststaatseession entgegenzubringen scheint; zum anderen der Plan selbst: Separatismus in den konservativsten und preußischsten der preußischen Provinzen?

### I

Daß der in den preußischen Ostprovinzen seit jeher schwelende Nationalitätenkonflikt mit dem Kriegsende in ein akutes Stadium treten würde, war bereits vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte und vor der Revolution deutlich gewesen.

<sup>1</sup> Bundesarchiv, R 45 I/1830.

So hatte Roman Dmowski, der Führer der polnischen Nationaldemokraten, bereits am 8. Oktober 1918 in einer Denkschrift an Präsident Wilson die Angliederung Posens, Westpreußens, Oberschlesiens, einiger mittelschlesischer Bezirke, ja sogar Ostpreußens an Polen verlangt<sup>2</sup>. Auch die Reden der polnischen Abgeordneten im Reichstag, vor allem des Prälaten Stychel, und des Führers der polnischen Fraktion im Reichstag, Korfanty, enthielten überdeutliche Hinweise auf polnische Gebietsansprüche, die weit über das hinausgingen, was dem polnischen Staat bei seiner Gründung im November 1916 von deutscher Seite aus zugestanden worden war<sup>3</sup>.

Dennoch wurden die deutschen Dienststellen und Behörden in den Ostprovinzen nach dem Zusammenbruch von der politischen Entwicklung überrollt. Bereits am 7. Oktober 1918 hatte der Warschauer Regentschaftsrat die Unabhängigkeit der drei Teilgebiete Polens verkündet. Am 17. November bildete sich in Warschau ein radikalliberales Kabinet, das bereits am folgenden Tag ein Wahldekret für ein polnisches Parlament veröffentlichte, das ausdrücklich reichsdeutsches Gebiet wie Masuren, Ermland, Westpreußen, Posen und Oberschlesien mitumfaßte<sup>4</sup>. In Posen trat am 3. Dezember 1918, unter den Augen der preußischen Zivilverwaltung und der deutschen Militärbehörden, ein „Teilgebiets-Sejm“ zusammen, der einen bereits bestehenden „Obersten Volksrat“ als Vertretungskörperschaft aller Polen im deutschen Reiche bestätigte. Daneben entstand ein „Kommissariat“, in dem bisherige deutsche Abgeordnete polnischer Nationalität, wie Korfanty, Seyda und Adamski vertreten waren, und das als inoffizielle Regierungsbehörde der Polen in Posen fungierte<sup>5</sup>. Allerdings gab es nicht unerhebliche Differenzen zwischen dem nationaldemokratischen Kommissariat und der Warschauer Regierung, die dazu führten, daß in Posen das polnische Wahldekret vom 28. November 1918 boykottiert wurde; darüber hinaus sprachen sich die Posener Nationaldemokraten, im Gegensatz zur Warschauer Regierung, für ein Verbleiben im deutschen Reichsverband bis zur endgültigen Friedensregelung aus<sup>6</sup>.

Diese Haltung schien die Möglichkeit einer friedlichen Regelung zwischen dem Kommissariat und der preußischen Regierung zu eröffnen; der preußische Staatssekretär Helmuth von Gerlach reiste am 19. November nach Posen, um zu verhandeln; sein Bericht wirft beachtliche Schlaglichter auf die nunmehr in Posen bestehende Situation: „Die tatsächliche Macht in der Provinz Posen liegt in den Händen des polnischen Volksrats. Sein Vorsitzender, Prälat Adamski, hat alle Fäden

<sup>2</sup> Text der Denkschrift in: Paul Roth, *Die Entstehung des polnischen Staates*, Berlin 1926, S. 133 ff. Dmowski bezog sich in seiner Denkschrift auf den dreizehnten der vierzehn Punkte Wilsons, in dem die Errichtung eines polnischen Staates gefordert wurde, der alle Gebiete mit „unzweifelhaft polnischer Bevölkerung“ umfassen und einen „freien und sicheren Zugang zur See“ haben sollte.

<sup>3</sup> Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 214, S. 6196 f. und S. 6255.

<sup>4</sup> Hans Roos, *Geschichte der polnischen Nation 1916–1960*, Stuttgart 1961, S. 49, 53.

<sup>5</sup> Ebd., S. 55 f.

<sup>6</sup> Ebd., S. 56; zu den Differenzen zwischen den Posener Nationaldemokraten und der Warschauer Regierung unter Pilsudski und Moraczewski s. ebd., S. 49 ff.; Werner Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln, Graz 1958, S. 376 ff.

des polnischen Vereinswesens in seiner Hand . . . Ich habe die Überzeugung, daß auf eine Ordre des Volksrats alle Polen sofort geschlossen in der befohlenen Richtung vorgehen würden . . .“. Nach einem Hinweis darauf, daß den Polen größere Waffenbestände zur Verfügung stünden, während die Deutschen ihre Waffen „vielfach weggeworfen oder verkauft“ hätten, kommt v. Gerlach in seinem Bericht auf die zentrale Frage, das Kräfteverhältnis, zu sprechen: „Die polnische Bevölkerung ist geschlossen, die deutsche gespalten. Die polnische Bevölkerung ist aktiv, von unten bis oben nationalistisch, gehoben durch das Gefühl des Triumphes über den sicheren Sieg ihrer nationalen Aspirationen. Die Deutschen sind gespalten. Bei vielen . . . ist vorherrschend das Gefühl der Unsicherheit und der Sorge um die Zukunft . . . Man verkennt die Situation, klammert sich an formale Rechte, geht von der Voraussetzung aus, daß die ganze Provinz Posen durch deutsche Waffengewalt gehalten . . . werden könnte.“ Das jedoch sei illusionär: „Die bisherigen staatsrechtlichen Verhältnisse sind den Polen ganz gleichgültig. Sie sehen sie als Produkt des Zwanges an, der aufgehört hat, seitdem sie die Macht haben. Mit staatsrechtlichen Argumenten ist nichts zu machen.“ Jedoch wolle man bis zur Friedensregelung keine vollendeten Tatsachen schaffen. Vor allem aber sei die Entsendung von Truppen zu unterlassen: „Sie würden nur Blutvergießen und die Einstellung aller Lieferungen zur Folge haben.“<sup>7</sup>

Der gute Wille der polnischen politischen Spitzen in Posen war jedoch weder den nationalistischen Gefühlen des polnischen Bevölkerungsteils noch den politischen Absichten der Regierung in Warschau gewachsen; anlässlich einer Reise des späteren polnischen Ministerpräsidenten Paderewski nach Posen brach am 27. Dezember in der Provinz ein von Warschau aus gesteuerter Aufstand aus, der trotz der Eindämmungsversuche des polnischen Obersten Volksrats wie ein Steppenbrand um sich griff, die deutschen Positionen beiseite fegte, als hätten sie nie bestanden und erst in den rein deutschen Randgebieten der Provinz zum Stehen kam. „Als militärische Machtmittel“, notierte Dr. Loehrs, Regierungsrat im preußischen Innenministerium, am 29. Januar 1919, „standen ihnen [den Polen, d. Verf.] hierbei, abgesehen von mehr oder weniger organisierten Banden, vor allem zahlreiche deutsche Offiziere und Soldaten polnischer Nationalität sowie Waffen und Munition, welche diese ihnen zuführten, zur Verfügung. Wir selbst konnten ihnen infolge der Desorganisation unseres Heeresapparates sowie infolge der Inanspruchnahme des größten Teils der verfügbaren Kräfte an anderer Stelle zunächst nur geringen Widerstand entgegensetzen, bis es gelang, einen gewissen Beharrungszustand herbeizuführen.“<sup>8</sup> Die erwähnten „Banden“ bestanden aus der schon in den ersten Kriegsjahren von Pilsudski aufgestellten P.O.W.<sup>9</sup>, der militärischen Hausmacht der Warschauer Regierung; nach polnischen Quellen betrug die

<sup>7</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90/2228.

<sup>8</sup> „Notizen über die Aufrührbewegung in der Provinz Posen“, in: Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90/2228.

<sup>9</sup> Polska Organizacja Wojskowa = wörtl. polnische Kampforganisation.

Gesamtstärke der polnischen Truppen im Januar 1919 bereits 70000 Mann<sup>10</sup>. Die deutsche Seite hatte dem wenig entgegenzusetzen; nach den Vereinbarungen v. Gerlachs mit dem polnischen Volksrat in Posen gab es bis zum Jahresende 1918 nur „bodenständige“ deutsche Truppen, die kaum Widerstand leisteten; hinzu kamen die auf leisen Druck seitens der preußischen Regierung als Gegengewicht zu den polnischen Volksräten in Posen und Westpreußen gebildeten deutschen Volksräte, die ein gewisses stabilisierendes Element in der deutschen Bevölkerung darstellten, ohne Hilfe der Heimatdienststellen aber wenig vermochten.

Allerdings hatte in Berlin nach den Ereignissen des Posener Aufstandes eine andere Lagebeurteilung Platz ergriffen. Hatte bisher die gemäßigte Haltung des Posener Kommissariats die preußische Regierung zu Versuchen veranlaßt, die Lage durch vorsichtiges Verhandeln und Vermeiden jeglicher militärischer Provokation zu meistern, so hatte der Aufstand gezeigt, daß dergleichen Mittel lediglich der Schwächung der deutschen Position in den Ostprovinzen dienten. Zwar fanden weiterhin Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Obersten Polnischen Volksrat in Posen statt, um Geiseln auszutauschen, Waffenruhen zu vereinbaren etc., aber diese Verhandlungen zeigten den deutschen Beteiligten, daß das Posener Kommissariat in seiner Handlungsfreiheit gelähmt und weitgehend von der kampfbereiten Warschauer Regierung abhängig war<sup>11</sup>. Die preußische Regierung begann nun den Widerstand zu organisieren; zu diesem Zweck wurde während der preußischen Kabinettsitzung vom 14. Januar 1919 die Einrichtung eines Koordinationszentrums, die sogenannte „Ostkonzferenz“, beschlossen, die künftig in kurzen Abständen tagte, und der neben Vertretern sämtlicher preußischer Ministerien auch Angehörige des Auswärtigen Amtes, des Reichsamtes des Innern und der Zentrale Grenzschutz Ost angehörten<sup>12</sup>.

Am 6. Februar 1919 einigte sich das preußische Staatsministerium mit der Reichsregierung auf die Formel, die zukünftig der deutschen Politik in der Frage der Ostprovinzen zugrundeliegen sollte: jedes Abkommen mit den „polnischen Aufrührern“ müsse zurückgewiesen werden; Voraussetzung eines Waffenstillstandes in Posen sei, „daß die Polen ihre Truppen restlos aus dem deutschen Reichsgebiet zurückzögen“<sup>13</sup>. Dennoch kam am 7. Februar ein vorläufiger Waffenstillstand zustande, der die Front in den westlichen Randgebieten Posens zum Stehen brachte, ohne daß jedoch die Kämpfe tatsächlich eingestellt worden wären<sup>14</sup>.

Verhältnismäßig frühzeitig war die Besorgnis der Obersten Heeresleitung erwacht. Sie vertrat den Standpunkt, daß die deutschen Truppen keinesfalls hinter

<sup>10</sup> Nach: Hans Jakob Schmitt, *Geschichte des Netze- und Warthelandes*, Leipzig 1941, S. 286.

<sup>11</sup> Bericht der pr. Regierung über die Verhandlungen mit dem obersten polnischen Volksrat am 9. 1. 1919 in: Bundesarchiv, P 135/1500.

<sup>12</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90/2239; die erste Ostkonferenz fand am 17. 1. 1919 statt, Protokoll ebd.

<sup>13</sup> Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Preußischen Staatsministeriums v. 6. 2. 1919 in: Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90/2235.

<sup>14</sup> Roos, *Geschichte der polnischen Nation*, a. a. O., S. 56.

die Grenzen von 1914 zurückgehen durften. „Wo wir noch über einen Rest realer Kampfkraft verfügten“, so Groener, „mußten wir Widerstand leisten. – Zudem wurde unsere Position gegenüber dem umstrittenen Land unterhöhlt, wenn wir es ohne Kampf aufgaben.“<sup>15</sup> So reagierte die OHL, so gut sie eben konnte: bereits am 15. November 1918 erließ der preußische Kriegsminister eine Anordnung über die Bildung des Armee-Oberkommandos Heimatschutz-Ost<sup>16</sup>, der am folgenden Tag ein Befehl Groeners an Ober-Ost folgte, der die Aufstellung von Freiwilligenverbänden zum Schutz der bedrohten Gebiete anordnete<sup>17</sup>. Am 4. Januar 1919 beschloss Kabinett, Zentralrat und preußisches Kriegsministerium in Berlin, den Grenzschutz gegen Polen schleunigst zu verstärken, und erließen einen Aufruf für die Anwerbung Freiwilliger aus dem Reich, um die schwachen Kräfte der deutschen Volkswehren zu verstärken, die sich bereits seit zwei Monaten in Posen und Westpreußen in einem partisanenartigen Kleinkrieg herumschlugen<sup>18</sup>. Gleichzeitig wurde das AOK Heimatschutz Ost in die Zentrale Grenzschutz Ost (Zegrost) umgewandelt, die als zentrale Kommandostelle der bodenständigen deutschen Truppen in den Ostprovinzen arbeitete. Am 3. Februar 1919 siedelte die OHL selbst nach Kolberg über, um von dort aus den Abwehrkampf zu führen.

In ihrem Bemühen, Posen zurückzugewinnen und die alten Reichsgrenzen von 1914 zurückzuerobern, stieß die Reichsregierung jedoch auf den Widerstand der Entente. Bereits am 8. Januar 1919 hatte die britische Regierung in Berlin eine Note überreichen lassen, in der sie die deutsche Regierung aufforderte, künftig „jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien zu unterlassen“. Ferner wurde darauf verwiesen, daß die Zukunft der deutschen Ostgrenze von den Entscheidungen der Friedenskonferenz abhängen werde, und daß die Mächte bei der Beurteilung der Frage „notwendigerweise beeinflußt würden durch die Fähigkeit oder Unfähigkeit der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten.“ Die Reichsregierung wies in einer Antwortnote vom 17. Januar 1919 die britische *démarche*, vor allem die Unterstellung, die Aggression gehe von deutscher Seite aus, mit scharfen Worten zurück<sup>19</sup>, aber es war bereits deutlich, daß die Entente nicht gewillt war, die Entwicklung an der deutschen Ostgrenze deutschem Ermessen zu überlassen.

Die Lage im Osten hatte sich allerdings gegen Ende Januar konsolidiert. Bei einer Inspektionsfahrt, die Groener an der gesamten Ostgrenze entlangführte, konnte er feststellen, daß zwar Ostpreußen noch ungenügend geschützt war – ausreichende Freiwilligenverbände konnten hier erst im März 1919 aufgestellt werden –, daß aber die Lage im übrigen Grenzgebiet recht gut war. Im unmittelbar

<sup>15</sup> Wilhelm Groener, *Lebenserinnerungen*, hrsg. v. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 480.

<sup>16</sup> *Reichsanzeiger*, Nr. 272, 16. 11. 1918.

<sup>17</sup> Groener an Ober-Ost, Ia Nr. 105/709 o. p., 16. 11. 1918, in: SPD-Archiv Bonn, Nachl. Barth, Kasette II, Dok. Nr. 190.

<sup>18</sup> Schultheß, *Europ. Geschichtskalender* 1919, I, S. 2.

<sup>19</sup> Text beider Noten in: Schultheß 1919, I, S. 15f.

bedrohten Westpreußen fand er genügend zuverlässige Truppen vor, um einen polnischen Einfall abwehren zu können, und in Schlesien war die Lage, trotz der Gefahr eines polnisch-tschechischen Angriffs bei gleichzeitigem Generalstreik im Grubengebiet, ziemlich günstig, da hier selbst von einigen Arbeiter- und Soldatenräten die Rekrutierung von Freiwilligen gefordert wurde<sup>20</sup>. So konnten alle Anstrengungen auf die Posener Front konzentriert werden, an der nunmehr, nach der Beendigung der Bürgerkriegsunruhen in Berlin, Freiwillige und Material in rascher Folge eintrafen.

## II

So zufriedenstellend die militärische Lage in den preußischen Ostprovinzen zu diesem Zeitpunkt sein mochte, so beunruhigend war für die deutsche Seite die politische Situation. Seit dem 25. Februar 1919 schleppten sich in Berlin, dann in Bromberg und endlich in Posen die Verhandlungen deutscher und alliierter Vertreter über die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen vorwärts, die bei keinem der deutschen Beteiligten die Illusion zurückließen, daß die Entente oder Polen an einer Wiederherstellung der alten Grenzen von 1914 interessiert seien<sup>21</sup>. Hinzu kamen Bestimmungen des Abkommens über die Verlängerung des Waffenstillstandes, die Erzberger am 16. Februar 1919 in Trier unterzeichnete, und in denen es den deutschen Truppen untersagt wurde, die gegenwärtige Frontlinie zu überschreiten, um die polnisch besetzten deutschen Gebiete zurückzuerobern<sup>22</sup>.

Unter diesen Umständen war schon frühzeitig in den Ostprovinzen der Gedanke aufgetaucht, in dem für unwahrscheinlich gehaltenen Fall, daß die Reichsregierung in einem Friedensvertrag die Annexion der gefährdeten Gebiete durch Polen akzeptieren würde, die Ostmark als geschlossene politische Einheit vom Reich abzutrennen und auf mehr oder weniger eigene Verantwortung den Kampf gegen Polen fortzuführen. Am 26. Dezember 1918 notierte der Geheime Regierungsrat Georg Cleinow in einem Schreiben: „. . . Herr von Batocki<sup>23</sup> will anscheinend aus Ostpreußen, Westpreußen und dem Netzedistrikt einen deutschen Bundesstaat machen und aus Schlesien und dem Regierungsbezirk Posen einen zweiten. Der Staatssekretär des Innern, Prof. Dr. Preuß, steht diesen Ideen mit Sympathie gegenüber, während im AA. Geh. Leg.-Rat Nadolny, ein Ostpreuße, für sie im Einverständnis mit Haase und Scheidemann wirken soll . . .“<sup>24</sup>. Auch Generalmajor v. Seeckt, der

<sup>20</sup> Groener, *Lebenserinnerungen*, a. a. O., S. 479.

<sup>21</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 46/130; vgl. Albrecht v. Thaer, *Generalstabsdienst an der Front und in der OHL*, Göttingen 1958, S. 303 ff.

<sup>22</sup> In: *Der Waffenstillstand 1918–1919*, hrsg. von Ernst Marhefka, Bd. I, Berlin 1928, S. 197 ff.

<sup>23</sup> Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe war seit August 1917 Oberpräsident von Ostpreußen.

<sup>24</sup> Georg Cleinow, *Der Verlust der Ostmark*, Berlin 1934, S. 209.

Stabschef bei dem Armee-Oberkommando Nord in Bartenstein, erwähnte in seiner ersten Lagebeurteilung vom 19. Januar 1919 die Absichten des Oberpräsidenten, die dieser ihm gegenüber gleich bei ihrem ersten Zusammentreffen geäußert habe. Batocki, so berichtet Seeckt, glaube sicher an die Abtretung des Gebiets um Thorn und Danzig an Polen, da dies durch die Anerkennung der vierzehn Punkte Wilsons durch die Reichsregierung zugestanden sei. Ostpreußen sei nach dieser Abtrennung nicht mehr lebensfähig und müsse unter Umständen Anschluß an den polnischen Nachbarn suchen. Gedacht sei an einen Freistaat, der mit weitgehender Selbständigkeit in den Rahmen des Deutschen Reiches einzufügen sei. Selbst die Angliederung eines solchen Freistaates an Polen erklärte v. Batocki für möglich; daher sei größtmögliche Schonung der Polen geboten; der Grenzschutz Ostpreußen solle am besten nur aus einheimischen Soldaten bestehen<sup>25</sup>. Seeckt wies zwar ein Zusammengehen mit Batocki, der ihn sogar aufforderte, mit ihm zusammen mit polnischen Regierungsvertretern zu verhandeln, scharf zurück, aber der Oberpräsident stand mit seiner Konzeption keineswegs allein, wie schon die bereits zitierte Notiz Cleinows zeigt. Ein besonders wertvoller Verbündeter stand ihm in der Gestalt des Reichskommissars für den Osten, August Winnig, zur Seite.

August Winnig, der schon vor dem Weltkrieg eine nicht unbedeutende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie gespielt hatte – seit 1905 als Vorsitzender des deutschen Bauarbeiterverbandes –, war Ende Oktober 1918 zum Generalbevollmächtigten des Reichs für die baltischen Länder und zum Gesandten für die Regierungen Lettlands und Estlands ernannt worden. Das zunächst weitgehende Desinteresse des Auswärtigen Amtes an den Entwicklungen im Baltikum hatte es Winnig ermöglicht, eine Politik zu treiben, die auf ein Weiterbestehen deutscher Truppenkontingente in Lettland und Litauen und eine trotz massivem alliierten Einfluß nach Deutschland hin orientierte lettische Außenpolitik hinzielte<sup>26</sup>. Auf Anregung Batockis wurde Winnig am 23. Januar 1919 zum Reichs- und preußischen Staatskommissar für Ost- und Westpreußen und die besetzten russischen Gebiete ernannt. Damit verfügte er über eine erhebliche Machtfülle in seinem Zuständigkeitsbereich; in einer Verfügung Eberts waren seine Kompetenzen großzügig umschrieben; in zahlreichen Fällen konnte er im Namen der Staats- und Reichsregierung handeln, vor allem, wenn es um den Schutz der Grenzen ging; die Militärbehörden hatten im Einvernehmen mit ihm zu handeln, und die Zivilbehörden Ost- und Westpreußens waren ihm unterstellt<sup>27</sup>. Überdies war er Mitglied der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung und verfügte, wie zahlreiche Eingaben seiner Fraktion an die Reichsregierung wegen der Erweiterung der Vollmachten Winnigs zeigen, über nicht unerheblichen Einfluß in der Partei<sup>28</sup>. Cleinow berichtet, Winnig habe

<sup>25</sup> Aktenauszüge des Genlt. Lieber über die Rolle Seeckts beim OK Nord, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, Nachl. Seeckt, Nr. 280.

<sup>26</sup> siehe August Winnig, *Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen*, Berlin 1921, passim.

<sup>27</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1844.

<sup>28</sup> In: Bundesarchiv, ebd.

sich bereits im Januar 1919 mit Oststaat-Plänen getragen, die weit über Batockis Konzept hinausgingen; danach soll Winnig an die Bildung eines baltischen Staats aus Livland, Kurland, Litauen, Ost- und Westpreußen in Anlehnung an Deutschland, aber unabhängig von dessen Friedenspolitik gedacht haben<sup>29</sup>, eine Behauptung, die zwar weder in den Memoiren Winnigs noch in den Akten ihre Bestätigung findet, aber angesichts seiner politischen Auffassungen und seiner späteren Tätigkeit nicht von der Hand zu weisen ist. Erst im März 1919 formulierte, soweit heute feststellbar, Winnig, dessen ostpolitischer Horizont durch seine Tätigkeit im Baltikum weiter gespannt war als der der Politiker und Beamten, die lediglich für einen Teil der Ostprovinzen Sorge zu tragen hatten, sein Konzept in einem Bericht an den Reichsaußenminister. Die Pläne, die er vortrug, waren nicht nur von dem Wunsch nach Sicherheit der Ostprovinzen bestimmt; die enge Verbindung Ostpreußens mit Litauen und Lettland, die er forderte, sollte zwar auch einer Stärkung des deutschen Ostens gegen polnische und sowjetrussische Annexionswünsche dienen, darüber hinaus aber auch die Ansiedlung deutscher Arbeitsloser und Auswanderer in den baltischen Ländern, eventuell sogar in der Ukraine ermöglichen<sup>30</sup>.

Diese Konzeption, so utopisch sie heute klingen mag, hatte durchaus Ansatzpunkte in der politisch-militärischen Lage der Zeit. In Lettland und Litauen lag die militärische Macht eindeutig in den Händen deutscher Truppenführer, deren Verbleib sogar durch die Entente im Waffenstillstandsvertrag gefordert war<sup>31</sup>. Und in einem Abkommen, das Winnig am 29. Dezember 1918 mit der lettischen Regierung abgeschlossen hatte, war den im Baltikum verbleibenden deutschen Freiwilligen das volle lettische Staatsbürgerrecht zugesprochen worden, wozu auch das Siedlungsrecht gehören mußte; die baltische Ritterschaft hatte zu diesem Zweck ein Drittel ihres Landes zur Verfügung gestellt<sup>32</sup>. Der Zustrom deutscher Freiwilliger, oft nur von den erheblichen materiellen Zusicherungen angezogen, die die Werbestellen „Baltenland“ in großen Inseraten in den deutschen Tageszeitungen veröffentlichten, führte zu einer beträchtlichen Verstärkung der deutschen Freikorps in Lettland. Anfang März 1919 lagen etwa 14.000 deutsche Soldaten in Kurland und warteten auf den Vormarschbefehl nach Norden, gegen sowjetische Truppen<sup>33</sup>; die politischen Möglichkeiten, die sich aus dieser Machtsituation ergaben, waren zu diesem Zeitpunkt klar ersichtlich: außenpolitische Orientierung der baltischen Staaten nach Deutschland hin – alliierte Truppen standen nicht in diesem Raum, so daß ein unmittelbares militärisches Gegengewicht fehlte –, ein deutsch-lettisch-litau-

<sup>29</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 208.

<sup>30</sup> Staatliches Archivlager Göttingen, Staatsarchiv Königsberg (Archivbestände Preussischer Kulturbesitz), im folgenden „Staatliches Archivlager Göttingen“ genannt, Rep. 2, Nr. 4165.

<sup>31</sup> Waffenstillstand 1918–1919, a. a. O., S. 77.

<sup>32</sup> Graf Rüdiger v. d. Goltz, Als politischer General im Osten, Leipzig 1936, S. 81; der Vertrag zwischen Winnig und der lettischen Regierung in: Winnig, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, a. a. O., S. 83.

<sup>33</sup> Nach: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. II, Berlin 1937, S. 41.



isches Militärbündnis, das sich sehr wohl auch gegen Polen richten konnte<sup>34</sup>. Wenn gleich Winnig noch nicht die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens im Osten erwähnte, so war doch deutlich, daß seine Vorstellungen sich kaum mit politisch-diplomatischen Methoden hätten verwirklichen lassen; so war es nur folgerichtig, als er am 10. April 1919 in der Abendnummer der Königsberger Allgemeinen Zeitung in Erwartung der harten Friedensbedingungen für deren Ablehnung und die Fortsetzung des Krieges gegen die Entente mit Anschluß an den Osten, eventuell sogar im Zusammengehen mit sowjetrussischen Truppen, eintrat<sup>35</sup>.

Das waren Vorstellungen, deren Verwirklichung einer breiten politischen und militärischen Grundlage bedurften. Als politische Basis konnten vor allem die deutschen Volksräte dienen. Sie waren in Orts-, Kreis- und Gauverbände gegliedert und schlossen sich am 3. Juni 1919 zu den „Vereinigten Deutschen Volksräten der Provinz Posen und Westpreußen“ zusammen. Ihre Aufgabe faßte Georg Cleinow, ihr Vorsitzender, folgendermaßen zusammen:

1. Die Werbung unter der Bauernschaft zur Schaffung örtlicher Selbstschutzorgane und zum Eintritt in Freiwilligenformationen;
2. Stärkung des nationalen Gewissens im Hinblick auf die nationale Gefahr, die über die Polengefahr hinaus der Nation durch den Bolschewismus drohte;
3. Entgegennahme und Weiterverbreitung von Kundgebungen und Protesten gegen die Loslösung preußischer Landesteile vom Reich zugunsten eines polnischen Staates. „Politisch“, so schreibt Cleinow, „galt es nicht nur die zersplitternde Wirkung der Parteikämpfe, welche die Wahlen zur Nationalversammlung und zum preußischen Landtag mit sich gebracht hatten, einzudämmen und zu beseitigen, sondern auch das gesammelte Deutschtum dauernd bei der Fahne zu halten und seine Willenskraft auf das eine große Ziel, die Erhaltung der Ostmark, restlos einzustellen“<sup>36</sup>. Die entsprechende Organisation in Ostpreußen war der auf Initiative Batockis am 18. Februar 1919 gegründete „Zentralausschuß für den ostpreußischen Heimatdienst“. Es handelte sich, wie der Mitbegründer und Vorsitzende Wilhelm Freiherr v. Gayl schrieb, um eine „nach außen als Privatvereinigung getarnte, halbamtliche Organisation, eine Art Propagandastelle, welche durch Schriften und Zeitungsartikel, aber auch durch örtliche Vertrauensleute Mundpropaganda zur Erweckung und Vertiefung vaterländischen Denkens beitragen sollte“<sup>37</sup>. Organisatorisch eng verbunden mit der Volksratsorganisation war der am 21. Dezember 1918 gegründete „Verein Kriegerhilfe Ost“, der vor allem der Koordinierung der Tätigkeit von Volksräten und den für den Osten zuständigen militärischen Stellen diente<sup>38</sup>, sowie der „Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge“, der mit den Worten Cleinows in dem Sinne geführt wurde, „den die Volks-

<sup>34</sup> Zu den Ereignissen im Baltikum und ihren politischen Hintergründen s. Hagen Schulze, *Freikorps und Republik*, Boppard 1969, S. 125–186.

<sup>35</sup> Vgl. August Winnig, *Heimkehr*, Hamburg 1935, S. 193.

<sup>36</sup> Cleinow, *Verlust der Ostmark*, a. a. O., S. 163, 174.

<sup>37</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Gayl, Nr. 2.

<sup>38</sup> Cleinow, *Verlust der Ostmark*, a. a. O., S. 178f.

räte für notwendig hielten: erst kämpfen, dann als geschlossene Macht der Ostmärker auf die Regierung drücken und sich durch ihr mutvolles Eintreten für die Ostmark ein Recht auf die spätere Beachtung erwerben“<sup>39</sup>.

Da er die unmittelbare Leitung der Volksräte, der Posener Flüchtlinge sowie des Heimatdienstes Ostpreußens innehatte, war der Geheimrat Cleinow neben dem Reichskommissar für den Osten Winnig und dem Oberpräsidenten Batocki eine politische Schlüsselfigur in den Ostprovinzen. Schon vor der Revolution hatte Cleinow eine nicht unerhebliche Rolle in den Ostprovinzen gespielt. Geboren 1873 in Dolhobyczów bei Lublin, also in Kongreß-Polen, nahe der russischen Grenze, hatte er die sprachlichen und empirischen Voraussetzungen eines hervorragenden Polen- und Rußlandfachmannes, aber auch die politische Einseitigkeit und Verbissenheit des aus der nationalen Diaspora stammenden Volkstumspolitikers erworben. Er wurde vor dem Krieg Chefredakteur der in der Bülow-Ära einflußreichen nationalliberalen Zeitschrift „Die Grenzboten“ und spielte 1914 bis 1916 eine wichtige Rolle als Chef der Presseverwaltung bei Ober-Ost und dem Generalgouvernement Warschau. Graf Hutten-Czapski, ein polnischer Rittergutsbesitzer und Mitglied des preußischen Herrenhauses, charakterisierte Cleinow als einen hervorragenden Publizisten und einen ausgezeichneten Kenner der osteuropäischen Verhältnisse, der aber „aus seinen Kenntnissen meist einseitige Folgerungen“ zog. Er sei „sehr unvorsichtig in seinen Äußerungen“; kennzeichnend für Cleinow sei „gefährliche Unvorsichtigkeit und Eigenmächtigkeit“<sup>40</sup>. Im Laufe seiner Tätigkeit in Warschau setzte sich Cleinow, der im Unterschied zu dem liberalen Generalgouverneur, General v. Beseler, eine Annexion Kongreßpolens durch das Reich vertrat, so vehement in Gegensatz zu der offiziellen deutschen Polenpolitik, daß er als Batteriechef an die Isonzofront versetzt wurde, in die Armee, die von General Otto v. Below befehligt wurde<sup>41</sup>. Nach dem Zusammenbruch stellte Cleinow in der Stadt Posen aus den Trümmern der auseinanderlaufenden deutschen Truppen eine Freiwilligenbatterie auf und organisierte einen „nationalen“ deutschen Soldatenrat, mußte aber, da man polnischerseits annahm, daß er Gewaltmaßnahmen plante, wenige Tage später auf Veranlassung des Oberpräsidenten die Stadt verlassen; man fürchtete, daß er versuchen würde, die Kontaktgespräche zwischen dem Posener Kommissariat und der preußischen Regierung mittels eines Gewaltstreichs zu torpedieren<sup>41a</sup>. Cleinow wandte sich nach Bromberg, um von dort aus seine Widerstandstätigkeit im Rahmen der deutschen Volksratsorganisationen fortzusetzen.

Auch Cleinow war Anhänger des Oststaat-Plans; seine Auffassungen legte er am 22. Februar 1919 auf einer Sitzung des Vereins Kriegerhilfe Ost dar. Um Deutschland die Gefahr eines neuen dreißigjährigen Krieges zu ersparen, so führte er aus, müsse die Ostmark sich auf die Möglichkeit vorbereiten, in der Form eines Frei-

<sup>39</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 189.

<sup>40</sup> Bogdan Graf von Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft, Bd. II, Berlin 1956, S. 229.

<sup>41</sup> Hutten-Czapski, Sechzig Jahre, a. a. O., S. 229 f.

<sup>41a</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 77 ff.

staates aus dem Reichsverband auszutreten und im Verein mit den im Osten stehenden Militärs „im Notfalle auch gegen die Absicht einer schwächlichen Regierung in der Ostmark nationale Aufgaben“ zu verwirklichen. Später, wenn der Druck der Westmächte auf das Reich nachgelassen habe, könne man ihm wieder beitreten. Sollte das aber nicht möglich sein, so bleibe noch die Chance eines Beitritts des Oststaates in ein föderativ gegliedertes Polen, dessen voraussichtlicher Zerfall durch die Aufnahme eines solchen Fremdkörpers nur beschleunigt werden könne<sup>42</sup>. Daß Cleinow hier keineswegs seine Privatmeinung äußerte, sondern durchaus für die Volksrats- und Flüchtlingsorganisationen sprach, beweisen überaus zahlreiche Telegramme der örtlichen Volksräte und Flüchtlingsverbände, mit denen die OHL und die Reichsregierung täglich förmlich überschüttet wurden, und in denen in mehr oder weniger drohender Form die Möglichkeit eines selbständigen Vorgehens gegen Polen und die Abspaltung vom Reich angekündigt wurde, falls die Reichsregierung nicht kompromißlos die Abtretung deutscher Gebiete im Osten verweigere. Als Beispiel sei ein Telegramm des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, Ortsgruppe Thorn, an die Reichsregierung vom 20. April 1919 zitiert:

„Da die Polen sich an die Demarkationslinie nicht halten, fordern wir sofortige Aufhebung. Lange genug sind wir von unserer Heimat getrennt. Wir wollen unsere Scholle und unsere Familie wiederhaben, ehe noch Armee Haller unseren Feinden die nötige Munition und Waffen bringt. Was uns Rebellen durch Heimtücke und Verrat geraubt haben, holen wir uns zurück. Beschwichtigungsversuche aller Art sind zwecklos. Wir erwarten unumwundene Erklärung bis spätestens 25. April mittags, sonst handeln wir aus eigener Entschloßung; das Maß ist voll.“<sup>43</sup>

Neben den Bedingungen der dritten Verlängerung des Waffenstillstandes vom 16. Februar 1919, die ein offensives Vorgehen deutscherseits über die festgelegte Demarkationslinie untersagten, war es vor allem die in einer alliierten Note vom 5. März 1919 angekündigte Landung einer in Frankreich aufgestellten polnischen Armee unter der Führung des Generals Haller in Danzig, die in den Ostprovinzen einen Sturm der Empörung auslöste, da man annehmen konnte, daß die modern ausgerüstete, etwa 90 000 Mann starke Armee das Kräfteverhältnis an der Posener und westpreußischen Demarkationslinie vollends zu Ungunsten der deutschen Seite verschieben werde. Vor allem konnte befürchtet werden, daß die Haller-Armee keineswegs nur den Durchtransport von Danzig nach Polen durchführen, sondern Danzig und Westpreußen besetzen würde<sup>44</sup>. Zwar gelang es der Reichsregierung, in zähen Verhandlungen zu erreichen, daß die Haller-Armee nicht in Danzig landete, sondern auf dem Landweg in geschlossenen Transporten Deutschland durchquerte, aber die Bedrohung durch die polnische Truppenverstärkung blieb und leistete der

<sup>42</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 210 ff.

<sup>43</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1795.

<sup>44</sup> Der Notenwechsel über den Transport der Haller-Armee und die Protokolle der Waffenstillstandskommission zu dieser Frage in: Der Waffenstillstand 1918–1919, hrsg. von Edmund Marhefka, Bd. II, Berlin 1928, S. 333 ff.

Propaganda der Volksräte und Flüchtlinge größere Dienste, als dies alle Aufrufe und Proklamationen bis dahin vermocht hatten. Am 16. April 1919 telegraphierte Groener an Ministerpräsident Scheidemann:

„Von allen Teilen der Posener Front treffen außerordentlich ernste Mitteilungen über die Stimmung der Truppe und Bevölkerung wegen des bevorstehenden Durchtransportes der Hallerschen Divisionen ein. Versuche, auf die Leute beruhigend einzuwirken, waren bisher erfolglos. Bezeichnend für die herrschende Auffassung ist der Vortrag einer Abordnung des deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge . . . , die gestern hier unvermutet und ohne Anmeldung eintraf. Die Abordnung führte aus: ‚Die gesamte deutsche Bevölkerung der Provinz Posen fühle sich durch die Reichsregierung verraten und verkauft. Die Zustimmung zu der Demarkationslinie und zur Durchfahrt der Hallerschen Divisionen sei ein nationales Verbrechen. Nach Eintreffen der Hallerschen Divisionen im besetzten Teil der Provinz Posen bestände für die Posener Deutschen keine Hoffnung mehr, ihre Heimat mit der Waffe in der Hand wieder zu nehmen. Sie würden daher die Transporte der Hallerschen Divisionen in derselben Weise entwaffnen, wie das seinerzeit die Polen mit den deutschen Transporten gemacht hätten, und sich außerdem in den nächsten Tagen mit oder ohne Zustimmung der Kommandobehörden zur Wiedergewinnung der Provinz in Bewegung setzen.‘ Auf mein Vorhalten, daß durch derartige unbesonnene Schritte der Frieden gestört und unsere Lebensmittelzufuhr gefährdet würde, wurde mir geantwortet: ‚daß die Posener Deutschen auf den Ausgang der Friedensverhandlungen nicht die geringste Hoffnung setzen, da die Reichsregierung sie genau so im Stich lassen werde wie bei den Waffenstillstandsverhandlungen. Im übrigen würden sie einen Frieden, der die Provinz Posen den Polen überließe, nie und nimmer anerkennen und einen Bandenkrieg bis aufs Messer führen. Sie seien sich darüber klar, daß sie und vielleicht auch Deutschland darüber zugrunde gingen, aber ihr Leben gelte ihnen nichts mehr, nachdem man ihnen Weib und Kind, Haus und Hof, Acker, Vieh und alle Güter genommen habe . . . ‘“<sup>45</sup>. Dergleichen Parolen und Ultimaten zogen zwar zunächst keine politischen oder militärischen Folgerungen nach sich, aber es war deutlich, daß die Stimmung zumindest eines Teils der Bevölkerung der Ostprovinzen verzweifelt genug war, um sie Pläne, wie sie Winnig, Batocki oder Cleinow hegten, als einzige Rettungsmöglichkeit ansehen zu lassen.

### III

Aber nicht nur von der Bevölkerung konnten sich die Verfechter eines deutschen Oststaates eine Unterstützung ihrer Pläne erhoffen, sondern auch bei dem für dieses Ziel unerläßlichen Machtinstrument, dem Militär. Oberst v. Thaer, Divisionskommandeur in dem Frontabschnitt um Schneidemühl, notierte am 8. Juni in sein Tagebuch:

<sup>45</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1795.

„Die Fragen der nächsten Zukunft hier an der Polenfront lassen einen natürlich keinen Augenblick los. Seit vielen Wochen kreisen meine Gedanken immer um den gleichen Punkt. Was wird? Was soll werden? Wie stellen wir uns dazu? Folgende Fälle sind denkbar:

1. Unsere Regierung hat den Schneid, nein zu sagen. Dann sind zwei Möglichkeiten gegeben:

a) Die Entente gibt nach und sucht neue Vorschläge.

b) Sie gibt nicht nach, und es tritt wieder Kriegszustand ein, dann ist für uns hier die Sache klar. Hoffentlich wird dann die militärische Entscheidung mit ganzer Kraft hier im Osten gesucht. Ich denke, wir schlagen die Polen. Dann dürfte unsere Situation danach vielleicht besser sein, selbst wenn die Entente dann unseren Westen besetzt. Das Eklichste [sic!] wäre für uns eine Landung von Ententekräften hier an der Ostseeküste.

2. Unsere Regierung fällt um und unterschreibt.

a) Alles unterwirft sich dem und beugt sich.

b) Wir hier im Osten unterwerfen uns nicht und suchen durch gemeinsames Vorgehen aller Grenzschutztruppen gegen die Polen die ganze Bevölkerung Deutschlands zum Widerstand mit fortzureißen.

Bei West-Elbien (einschließlich Berlin) dürfte das ein vergebliches Unterfangen sein. Denkbar wäre eine Erhebung der Ostprovinzen, die allerdings leicht zum Bruch mit dem Reiche führen kann.

Es ist ganz eindringlich, sich über diese Fragen rechtzeitig klar zu sein. Ich habe nach verschiedenen Seiten hin Fühlung aufgenommen, zivile und militärische . . .“.

Und sechs Tage später: „. . . Der Entschluß für uns ‚niedere Götter‘, eventuell selbständig zu handeln, wird wegfallen, denn die Sache wird von ‚oben‘ her befohlen werden. Wenn nicht von dieser Regierung, dann von einer neuen, diktatorischen, die diese jetzige Regierung ablösen wird, sowie klar ist, daß sie sich doch zur Unterschrift entschließt.

Alles soll dann bereit sein.

Wenn das wirklich klappt, so ist das gewiß die einfachste Lösung. (Energie und Umsicht der Durchführung vorausgesetzt).“<sup>46</sup>

Wenn Oberst v. Thaer geheimnisvoll Weisungen „von oben“ erwähnte, so konnten damit mehrere Instanzen gemeint sein. Der gesamte Grenzschutz Ost wurde geleitet von der Obersten Heeresleitung in Kolberg. Als Werbe- und Organisationszentrale fungierte die Zentrale Grenzschutz Ost, die dem preußischen Kriegsministerium unmittelbar unterstand und von ihrem Stabschef, Major v. Willisen, geführt wurde; einen Kommandierenden General gab es nicht. Der Grenzschutz Ost war unterteilt in das Armeeoberkommando Nord in Bartenstein unter General v. Quast, mit General v. Seeckt als Stabschef, und das Armeeoberkommando Süd in Breslau mit General v. d. Borne als Führer und General v. Lossberg als Stabs-

<sup>46</sup> Albrecht v. Thaer, Generalstabsdienst an der Front und in der OHL, Göttingen 1958, S. 313f.

chef. Das AOK Süd spielte, soweit sich das aus den spärlichen Aktenbeständen entnehmen läßt, bei der Vorbereitung von Oststaat-Plänen keine wesentliche Rolle, obgleich v. Lossberg diesen Gedanken ständig vertrat; wesentlich war auch nicht das AOK Nord, das für Ost- und Westpreußen sowie das Baltikum zuständig war, und dessen Stabschef v. Seeckt alle Oststaatgedanken zurückwies; anders aber stand es mit dem Generalstab des 17. Armeekorps in Danzig im Kommandobereich des AOK Nord, die Oberst v. Thaer unmittelbar vorgesetzte Kommandostelle. Hier waren es der Kommandierende General, General der Infanterie Otto v. Below, und sein Chef des Stabes, Oberstleutnant Stapff, die sowohl den Oststaatgedanken als auch die Wiederaufnahme des Kampfes gegen Polen vertraten. Hier allerdings scheint der Gedanke eines selbständigen Oststaates erst verhältnismäßig spät aufgetaucht zu sein; der Gedanke einer Offensive gegen Polen dagegen hatte bereits seit Beginn der Aufstellung des Grenzschutzes Ost bestanden.

Die Planungsunterlagen der OHL für diese Unternehmen sind leider nicht auffindbar; den spärlichen Unterlagen zufolge sah der Offensivplan vor, die Provinz Posen durch eine groß angelegte Zangenoperation wieder einzunehmen. Eine Nordgruppe unter General v. Below sollte aus dem Raum Thorn-Bromberg über Gnesen nach Süden vorstoßen, während eine Südarmee unter General v. d. Borne von Oberschlesien ausgehend über Kalisch, Ostrowo und Krotoschin nach Norden vorgehen sollte, um sich bei Posen mit der Nordarmee zu treffen<sup>47</sup>. Der USPD-Abgeordnete und frühere Volksbeauftragte Hugo Haase erregte in der ganzen Weltpresse Aufsehen, als er im Februar 1919 einem Korrespondenten der New York Times erklärte, im Osten sammle sich eine gewaltige Armee: „Unter dem Vorwand, die preußische Grenze gegen Polen und Bolschewiki zu schützen, organisiert Hindenburg in Pommern und Ostpreußen eine Freiwilligenarmee von 600 000 Mann. In Wahrheit existiert keine solche Einbruchgefahr, sei es von polnischer oder bolschewistischer Seite, die die Zusammenziehung so großer Kräfte rechtfertigen würde...“<sup>48</sup>. Die Gefahr bestand zwar, entgegen den Worten Haases, durchaus, und die Grenzschutztruppen im Osten hatten rund drei Wochen nach dem Haase-Interview erst eine Stärke von etwa 150 000 Mann erreicht<sup>49</sup>, aber der Offensivplan existierte ohne Zweifel, und noch am 20. März 1919 wurde vom AOK Nord, also von Seeckt, der Befehl für die Angriffsvorbereitung gegeben, die sinnigerweise unter dem Decknamen „Stellungskrieg“ liefen<sup>50</sup>. Im Zusammenhang mit der geplanten Wiederaufnahme der abgebrochenen Waffenstillstandsverhandlungen in Posen verlangte Erzberger als Vorsitzender der Waffenstillstands-

<sup>47</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, Nachlaß Seeckt, Nr. 280, Aktenauszüge des Genlt. Lieber über die Tätigkeit Seeckts beim OK Nord; vgl. Schmitz, Netze-Warthe-Land, a. a. O., S. 302; Jacques Benoist-Méchin, Geschichte der deutschen Militärmacht, Bd. I, Oldenburg/Hamburg 1965, S. 235 f.

<sup>48</sup> Baseler National-Zeitung, Nr. 84, 19. 2. 1919.

<sup>49</sup> Nach einer handschriftlichen Notiz Groeners für eine Unterredung mit dem amerikanischen Oberst Conger v. 15. März 1919, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, N 46/131.

<sup>50</sup> Nach: Bundesarchiv, Nachlaß Seeckt, Nr. 280, Aktenauszüge des Genlt. Lieber.

kommission (Wako) von der OHL die Beantwortung der Frage, ob die Truppen in der Lage seien, einen polnischen Aufstand niederzuschlagen und Posen zurückzuerobern, was von der OHL sogar für den Fall bejaht wurde, daß Feindtruppen in Danzig landeten oder die Bolschewisten im Baltikum neue Offensiven einleiteten. Seeckt rechnete in einem Brief vom 19. März 1919 noch mit einem baldigen Wiederaufleben der Kämpfe an der polnischen Front<sup>51</sup>.

Der Plan wurde jedoch von der Obersten Heeresleitung fallengelassen, wann genau, ist nicht feststellbar. In einer Lagebeurteilung an der Ostfront am 16. April jedenfalls führte Groener aus, zwar seien Versuche zur Wiedereroberung ganz Posens durchaus noch möglich, aber die OHL habe diese Pläne jetzt zu den Akten gelegt. „Die Oberste Heeresleitung war seit Anfang März, wie bereits früher der Reichsregierung gemeldet<sup>52</sup>, in der Lage, mit den ihr zur Verfügung stehenden Truppen die Provinz Posen zurückzuerobern. Die Verhandlungen mit der Entente und die inneren Unruhen in Deutschland ließen die Durchführung des Planes nicht zu. Zur Zeit muß der Grenzschutz sogar Kräfte für den Kampf im Innern bereitstellen. Nach Eintreffen der Hallerschen Divisionen verschiebt sich das Kräfteverhältnis wesentlich zu unseren Ungunsten, so daß dann ein Angriff vorläufig nicht durchführbar erscheint.“<sup>53</sup>

Die Reaktion der Truppen an der Ostgrenze war einhellig, als der Befehl eintraf, die Angriffsvorbereitungen abzubrechen. „Da kam plötzlich der Befehl von oben, daß alles abgeblasen sei“, notierte ein Eskadronführer des Freiwilligen Ulanenregiments Schlesien. „Die Provinz Posen sollte den Polen überlassen werden, und wir sollten jegliche Kampfhandlung einstellen. Wie wir hierüber dachten, brauche ich wohl nicht weiter zu sagen. Wenigstens war die Stimmung so, daß wir am liebsten gegen die Regierung statt gegen die Polen gezogen wären und dort mal unter diesen sauberen Brüdern aufgeräumt hätten.“<sup>54</sup> Es lag für diejenigen Militärs, die nicht bereit waren, den Gedanken der Offensive gegen Polen aufzugeben, nahe, sich den Verfechtern der Oststaatidee zu nähern. In programmatischer Deutlichkeit kam das in der Forderung zum Ausdruck, die der Hauptmann Carl Goerdeler, der im Stab des Armeekorps des Generals v. Below arbeitete, dem Stabschef des XVII. AK vorlegte:

- „1. Der Friede wird nach mir bekannten Stimmungen im Westen unterzeichnet werden;
  2. Die einzige Möglichkeit, das Deutschtum im Osten und die Ostmark dem Reiche zu retten, ist die militärische Niederwerfung Polens;
  3. Aus 1 und 2 ergibt sich Notwendigkeit für den Osten, selbständig zu handeln;
  4. Dies Handeln wird, wenn rechtzeitig und militärisch erfolgreich, die Bevölkerung mitreißen, selbst wenn die Parteiführer sich jetzt abwartend verhalten.“
- Seinen Aufzeichnungen zufolge erklärte sich Goerdeler nur dann zur Mitarbeit

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> In den Akten nicht auffindbar.

<sup>53</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1795.

<sup>54</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, H 01-2/44.

im Stab v. Belows bereit, „wenn ich darauf rechnen dürfte, daß das Gen.Kdo. zum Handeln in der von mir dargelegten Linie entschlossen sei. Stapff erwiderte, er und der Komm. General seien entschlossen, unter keinen Umständen aus Westpreußen fortzugehen.“<sup>55</sup>

Auch der Stabschef der Zentrale Grenzschutz Ost, Major v. Willisen, gehörte zu den militärischen Stützen des Oststaatgedankens; bereits in einer Lagebeurteilung vom 17. Februar 1919 kam er zu dem Schluß, der künftige Friede werde zwangsläufig zu einer Westorientierung der deutschen Außenpolitik führen, die den Interessen des Ostens widersprächen; „hieraus ergäbe sich die theoretische Frage, ob es nicht angängig sei, daß im Gegensatz zur Regierung ein großer privater Ost-Interessenkreis eigene Politik treibe . . .“<sup>56</sup>. Aus den Aufzeichnungen Groeners über die Truppenführerbesprechung am 19. Juni 1919 in Weimar geht außerdem noch hervor, daß zumindest der Stabschef des AOK Süd in Breslau, General v. Lossberg, ähnliche Auffassungen vertrat<sup>57</sup>.

#### IV

Eine ganz wesentliche Vorbedingung für die Errichtung eines reichsunabhängigen Oststaates war jedoch die Zustimmung der Bevölkerung. Die zahlreichen Telegramme, die in der Reichskanzlei eingingen, und in denen Volksräte, Flüchtlinge und militärische Kommandostellen immer wieder den einmütigen Willen der Bevölkerung in den Ostprovinzen, mit oder ohne Beistand der Reichsleitung den Kampf wieder aufzunehmen, betonten, gaben sicherlich die Stimmung weiter Kreise zuverlässig wieder; aber selbst Verfechter des Oststaatgedankens konnten nicht umhin festzustellen, daß ein Großteil der organisierten Arbeiterschaft in den nicht unmittelbar bedrohten Gebieten für eine Wiederaufnahme des Krieges gegen Polen nicht zu gewinnen waren. Freiherr v. Gayl, Gründer des Zentralausschusses für den ostpreußischen Heimatdienst, glaubte zwar annehmen zu können: „Das Volk der preußischen Ostprovinzen, durch Geschlechter an Gehorsam gegenüber der Obrigkeit erzogen, erfüllte alle im amtlichen Kreisblatt veröffentlichten Befehle. Wer das Kreisblatt beherrschte, hatte die Gewalt in den Händen. Es hätte nur eines Gestellungsbefehls bedurft, um die gedienten Männer wieder zur Fahne zu führen.“<sup>58</sup> Aber dennoch hatte er Bedenken: „Die durch die A. und S. Räte kommunistisch verseuchten Heeresteile und die mit ihnen sympathisierenden Massen lehnten jeden Widerstandsgedanken von vornherein ab. Sie witterten, zwar gegen die Polen eingestellt, in der Neuaufstellung disziplinierter Truppen unter alten Offizieren die Gefahr der Reaktion! Lebhafter, bis zur Sabotage gesteigerter Widerstand gegen jede nationale Erhebung war zu erwarten.“<sup>59</sup>

<sup>55</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Carl Goerdeler, Nr. 10, Aufzeichnung v. 15. 6. 1919.

<sup>56</sup> Kleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 201.

<sup>57</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 42/12.

<sup>58</sup> Bundesarchiv, Nachlaß v. Gayl, Nr. 2.

<sup>59</sup> Ebenda.



Nun konnte von Arbeiter- und Soldatenräten, die die Heeresteile kommunistisch versuchten, in dieser Weise sicherlich nicht die Rede sein, aber hier lag in der Tat die Grenze der Agitations- und Organisationsarbeit der Volksräte. Sie waren zwar von vornherein überparteilich konzipiert, aber ihre Zusammenarbeit mit konservativen Kreisen und vor allem mit den militärischen Kommandostellen machten sie für die linksstehende Arbeiterschaft suspekt; auch in der eingangs zitierten Denkschrift des preußischen Innenministers über das Oststaatprojekt vom 25. Juni 1919 wurde auf die Gefahr hingewiesen: „Ein solches Staatswesen könnte in Deutschland leicht so aufgefaßt werden, als ob es ein Hort reaktionärer Tendenzen werden wolle, als ob vom Osten her die Reaktion komme. Tatsächlich spielt ja bei dem Gedanken der Ostdeutschen Republik auch der innerpolitische Gegensatz gegen Berlin eine Rolle, und es ist klar, daß derartige innerpolitische Tendenzen in einem unabhängigen Staat verhältnismäßig leichter zur Herrschaft kommen können als in preußischen Provinzen ... Sollten sich derartige Verdachtsmomente in Deutschland festsetzen, so wäre es mit den Sympathien weiter Volkskreise für jene Kämpfe vorbei...“<sup>60</sup>. Um den Widerstand von MSPD und USPD zu unterlaufen, hatte Cleinow sich mit dem Vorsitzenden des Bromberger Arbeiter- und Soldatenrats, Stössel, zusammengetan, der in der Errichtung eines Oststaates und im Kampf gegen Polen eine Chance sah, das Räteresystem zu verwirklichen, indem er das polnische Proletariat in Gegensatz zum polnischen Bürgertum zu bringen gedachte; Cleinow kommentierte diesen Plan seines Verbündeten in einem Schreiben an Major v. Tiedemann-Seeheim, den Vorsitzenden des Deutschen Ostmarkenvereins, am 27. März auf etwas machiavellistische Weise so: „Daraus ergibt sich für uns die Möglichkeit, einen Volksaufstand gewissermaßen unter Deckung durch die SPD hervorzurufen, über die Demarkationslinie vorzubrechen und die Polen in die Pfanne zu hauen ... Deshalb habe ich auch keinen Augenblick gezögert, Stössel in den nächsten Arbeiten nach außen hin die Führung zu überlassen und ihm hier auch meinetwegen die Stellung eines Nettelbeck einzuräumen ... Die Hauptsache ist natürlich bei dieser Lage, daß ich und meine Freunde die Fäden in der Hand behalten ...“<sup>61</sup>. Aber Stössels Einfluß über Bromberg hinaus war beschränkt, und die augenzwinkernd von Cleinow verfolgte Zusammenarbeit mit linksstehenden Arbeiterfunktionären blieb auf unmaßgebliche Einzelfälle beschränkt. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß der Prozentsatz an preußischen Einwohnern polnischer Nationalität der Ostprovinzen in der Arbeiterschaft relativ wesentlich höher war als in den höheren sozialen Schichten, so daß Streikbewegungen nicht nur wirtschaftliche oder innenpolitische Gründe zu haben brauchten, sondern auch durchaus national-polnischen Zwecken dienen konnten. Ein charakteristisches Beispiel der geschickten Vermischung polnischer Interessen mit Parolen der Novemberrevolution stellt ein Flugblatt der Zjednoczenie Zawodowe Polskie (Polnische Berufsvereinigung) in Briesen dar, das mit den Worten beginnt:

<sup>60</sup> Bundesarchiv, R 45 I/1830.

<sup>61</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 236.

„Arbeitergenossen! Der Kapitalismus und die Reaktion sind an der Arbeit und wollen, Zwietracht unter uns Arbeiter säend, nicht nur unsere Kräfte zersplittern, sondern uns sogar dahin bringen, daß wir in einem neuen Kriege uns nochmals für die Interessen des Militarismus hinschlachten lassen.

Wie weit die Reaktion und der Militarismus Fortschritte gemacht haben, beweist uns am besten das Straßenbild der Städte Westpreußens.

Nichts anderes kann uns vor dieser gut vorbereiteten neuen Unterdrückung erretten, als der engste Zusammenschluß aller in der Provinz wohnenden Arbeiter, ohne Rücksicht darauf, zu welcher Nation sie sich bekennen, oder in welchem Verbands- oder in welcher Vereinigung sie organisiert sind ... Ein neuer Krieg, gegen wen er auch immer geführt werden mag, ob gegen die Entente oder gegen die Polen, kann uns Arbeitern keinen Gewinn bringen. Der Schaden, der gerade uns Arbeitern aus einem solchen sinnlosen Vorgehen entstehen kann, wäre unermesslich...“<sup>62</sup>.

Eine geschickte Argumentation also, die den polnisch-deutschen Konflikt schlicht als eine Spielart des Klassenkampfes erklärte. Daher setzte Reichskommissar Winnig am 31. Mai eine Besprechung mit Vertretern der USPD an, in der er ihnen drei Fragen vorlegte:

1. Ob die USPD bereit sei, bis zur Erledigung der Friedensfrage ihre Polemik gegen die Regierung zu dämpfen;
2. ob sie bereit sei, auf eine Verhinderung der Streiks hinzuwirken, und
3. wie sie sich verhalten würde, wenn Ostpreußen gezwungen sein würde, sich gegen eine polnische Invasion zu wehren.

Die Antworten auf alle drei Fragen fielen einhellig negativ aus<sup>63</sup>.

Aber nicht nur die Haltung der linken organisierten Arbeiterschaft widersprach der These von dem einmütigen Willen der Bevölkerung in den Ostprovinzen; selbst in Kreisen, deren Bereitschaft zum Widerstand gegen Polen, Entente und vielleicht sogar Reichsregierung von den Volksräten kategorisch behauptet wurde, zeigten sich unliebsame Tendenzen: „Betrachte ich das Bromberger Bürgertum“, schrieb Cleinow in seinem bereits zitierten Schreiben an v. Tiedemann-Seeheim, „so bin ich allerdings fast verzweifelt. Denn ihm gegenüber habe ich den Eindruck, als sei meine Arbeit fast umsonst gewesen! Die Verkäufe von Grundstücken mehren sich, die Väter schicken ihre Söhne nach Westdeutschland, Sachsen, auf die Universitäten und in die Lehre. Selbst ausgebildete Offiziere werden von ihren Eltern nicht in den Dienst der heiligen Sache des Vaterlandes gestellt, sondern befinden sich in Dresden, Breslau und weiß Gott noch sonst wo. Im hiesigen Bürgerrat hat sich unter der Vorgabe des Kampfes gegen die Sozialdemokratie ein geradezu stinkender Herd von Schlappeit und Pessimismus gebildet ...“<sup>64</sup>.

Trotz dergleichen Hindernisse, zu denen auch noch Zerwürfnisse innerhalb der

<sup>62</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. A 419, Nr. 25.

<sup>63</sup> Lagebericht Winnings v. 2. Juni 1919, in: Archivlager Göttingen, Rep. 2, Nr. 4166.

<sup>64</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 237.

Volksräte hinzukamen<sup>65</sup>, gingen die Vorbereitungen für den Fall einer Wiederaufnahme des Krieges und die Sezession der Ostprovinzen weiter. Erich Koch-Weser, Mitglied des Fraktionsvorstandes der DDP in der Nationalversammlung und späterer Vizekanzler, notierte besorgt am 14. Mai in sein Tagebuch:

„... Eine Gefahr ist, daß man im Osten über das Ziel hinausschießt. Man will dort vielfach überhaupt keine Abstimmung mehr. Damit verläßt man das Wilson-Programm, an das die Regierung und auch unsere Partei nun doch einmal gebunden sind. Ich habe gestern unsere Freunde in der Fraktionssitzung gewarnt, sich weiter vorzuwagen, als wir sie decken können ... Es ist eine große Gefahr, daß im Osten die Flinten von selbst losgehen, um so mehr, als unsere militärische Stärke im Osten uns angeblich eine Überlegenheit über die Polen sichert. Die Regierung weiß auch, daß sie die Truppen nicht mehr in der Hand hat. Das alles würde vermutlich einen blutigen und aussichtslosen Krieg im Osten geben, dem die Westmächte durch ein Vorrücken durch Deutschland ein Ende zu bereiten sich bemühen würden. Also Deutschland als Etappe des Feindes. Es darf keinen anderen Widerstand mehr geben als den passiven. Aber das predige man jemandem, der polnisch werden soll ...“<sup>66</sup>. Und am 3. Juni: „... Aus dem Osten berichtet Herrmann<sup>67</sup>, daß die Regierung, die bisher nationale Strömungen ermutigt hat, beginnt, Yorck'sche Entschlüsse zu fürchten. Die Stimmung ist dort so, daß man auf alle Fälle losschlagen möchte. Für den äußersten Fall ist eine Diktatur bereits vorgesehen ...“<sup>68</sup>.

## V

Die Reichsregierung war sich verhältnismäßig frühzeitig klar darüber, was sich im Osten vorbereitete; die Protesttelegramme aus dem Osten waren deutlich genug. Allerdings glaubte man zunächst an Aktionen unmaßgeblicher Kreise, die sich ohne Schwierigkeiten maßregeln lassen würden. Während einer Kabinettsitzung am 24. April 1919 berichtete der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Toepffer „über Pläne deutscher Flüchtlinge aus Polen zum selbständigen Vorgehen gegen Posen in Verbindung mit einigen hierzu bereiten Truppenteilen. Reichsminister Noske wird beauftragt, mit der Obersten Heeresleitung zur Unterdrückung dieser reichsgefährlichen Pläne in Verbindung zu treten.“<sup>69</sup> Solange man im Reichskabinett der Auffassung war, daß nur wenig einflußreiche Kreise dergleichen Absichten verfolgten, gedachte man mit militärischen Mitteln der Dinge Herr zu werden, auch mit kleinen politischen Zugeständnissen: „Den Flüchtlingen“, so lautet das Protokoll des Tagesordnungspunktes 4 der Kabinettsitzung am 30. April,

<sup>65</sup> Max Worgitzki, *Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen*, Leipzig 1921, S. 53.

<sup>66</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Koch-Weser, Nr. 16.

<sup>67</sup> DDP-Abgeordneter für Posen in der Nationalversammlung.

<sup>68</sup> Ebenda.

<sup>69</sup> Bundesarchiv, R 45 I/1548.

„soll jedoch ausdrücklich zugesagt werden, daß auf die Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten und auf den Schutz ihres Vermögens in dem Friedensvertrag gedrungen werden soll.“ Ferner wollte man ihnen gestatten, drei Vertreter nach Berlin zu entsenden, die eventuell auch zu den Verhandlungen in Versailles hinzugezogen werden sollten<sup>70</sup>.

Daß in Berlin der Eindruck entstehen konnte, als handle es sich hier lediglich um ein Flüchtlingsproblem, lag daran, daß Volksräte und Flüchtlingsorganisationen eine Art von Arbeitsteilung vorgenommen hatten. Während die Flüchtlinge versuchten, durch Appelle und verschleierte Ankündigungen selbständiger Entschlüsse die Regierung, wie Cleinow es direkt formulierte, „unter Druck zu setzen“<sup>71</sup>, wohl in der Annahme, sich in einer besonders starken moralischen Position zu befinden, gaben sich die Volksräte regierungstreu, um ungestört ihre Agitationsarbeit im Osten durchführen zu können. Es kam vor, daß ungestüme Angehörige örtlicher Volksräte vortraten, aber das war den Organisatoren höheren Orts sehr peinlich. Ein Mitglied des Volksrats in Fordon bekam vom Kreisvolksrat Bromberg-Land noch am 6. Juni, als die Oststaat-Pläne bereits in aller Munde waren, die Warnung zu hören, das „gegenwärtig noch sehr heikle Thema ‚Gründung eines Oststaates‘“ sei im Moment völlig inopportun. „Dieser Gedanke ist von maßgebenden Stellen wohl einmal ins Auge gefaßt worden, ist aber unter den augenblicklichen Umständen absolut nicht spruchreif. Wir müssen und werden es unbedingt vermeiden, uns in irgend einen Gegensatz zur Regierung zu stellen, und bitten Sie, augenblicklich recht vorsichtig in allen Äußerungen zu sein.“ Vielmehr solle er sich darum bemühen, zur Vorbereitung kommender Ereignisse auch abseits stehende Bevölkerungskreise für den Volksrat zu gewinnen. „Nur durch Aufklärung von Mund zu Mund und ständige Bearbeitung solcher Querköpfe wird es möglich sein, im Laufe der Zeit auch diese Leute zur Vernunft zu bringen.“<sup>72</sup>

Diese nach außen hin zur Schau getragene Zurückhaltung hatte ihren Grund darin, daß zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit zu bestehen schien, doch noch mit der Reichs- und der preußischen Regierung zu einer Übereinkunft zu gelangen. Das lag daran, daß man inzwischen in Berlin den Ernst der Lage im Osten erkannt hatte. Die Frage wurde am 11. Mai wieder im Reichskabinett erörtert, wobei Reichsarbeitsminister Bauer empfahl, die Volksratsbewegung im Osten doch einfach durch eigene Aktivität zu unterlaufen: „... Reichsminister Bauer“, so lautet der betreffende Passus des Kabinettsprotokolls, „empfiehlt, den Betätigungsdrang der Einwohner in den bedrohten Gebieten zu benutzen, um mit größter Beschleunigung eine spontane Volksabstimmung durchzuführen. In der anschließenden Aussprache stimmt das Kabinett einstimmig diesem Vorschlag zu. Das preuß. Min. d. Innern soll gebeten werden, in Verbindung mit den Abgeordneten der bedrohten Gebiete zur Nationalversammlung und zur pr. Landesversammlung die Durch-

<sup>70</sup> Bundesarchiv, ebd.

<sup>71</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 189.

<sup>72</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. A 419, Nr. 30.

führung in die Hand zu nehmen, dabei aber die amtliche Führung möglichst zurücktreten zu lassen ...<sup>73</sup>. Daraufhin fand am 12. Mai eine Besprechung zwischen Reichsinnenminister Preuß und dem preußischen Innenminister Heine auf der einen und den Abgeordneten des Ostens auf der anderen Seite statt, deren Ergebnis beide Minister während der Sitzung des Reichskabinetts am 13. Mai referierten. Danach hatten sich fast alle Abgeordneten dagegen ausgesprochen, eine Volksabstimmung überstürzt durchzuführen, einmal, da die Frist bis zur voraussichtlichen Entscheidung über die Unterzeichnungsfrage zu kurz sei, ferner, da „eine schlechte Beteiligung der vielfach langsamen und zum Teil verstimmtten Bevölkerung zu erwarten und danach ein ungünstig auszufallendes Ergebnis zu befürchten sei“<sup>74</sup>.

Angesichts der allseits zur Schau getragene Zuversicht, was den einhelligen Willen der Bevölkerung im Osten, deutsch zu bleiben, anbetrifft, mutet die Ablehnung einer Abstimmung im Osten gerade durch die Ostabgeordneten selbst seltsam an. Tatsächlich kam es in dieser Frage zu einem Konflikt zwischen Reichs- und preußischer Regierung; während das Reichskabinett auf einer Sitzung am 21. Mai noch einmal beschloß, in allen gefährdeten Gebieten des Reichs eine Volksabstimmung durchzuführen<sup>75</sup>, verwarfte sich der preußische Innenminister Heine in einem Schreiben an alle Reichs- und preußischen Minister vom 22. Mai energisch gegen diesen Beschluß: zwar könne man in den polnisch sprechenden Gebieten eine Abstimmung schlechterdings nicht verweigern, aber es sei zu befürchten, „daß eine Volksabstimmung aller Voraussicht nach im ganzen Osten zu einem ungünstigen Ergebnis führen würde“. Die Grundlage für diese Ansicht sei das der Reichsregierung bereits vorgelegte statistische Material<sup>76</sup>. So wurde der Gedanke, noch vor der eventuellen Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Volksabstimmung in den Ostprovinzen durchzuführen, fallengelassen.

Hingegen traten am 22. Mai 1919 die ostdeutschen Abgeordneten der National- und preußischen Landesversammlung in Berlin zusammen, um sich auf Anregung der Reichsregierung zu einem „Parlament des Ostens“ zu konstituieren und so die Aktionen des Ostens unter einer gewissen parlamentarischen Kontrolle zu halten. Die Vollversammlung wählte zwei Aktionsausschüsse, einen für Ost- und Westpreußen sowie den Regierungsbezirk Bromberg, also für den Kommandobereich des AOK Nord, und einen zweiten für Schlesien und den verbleibenden Rest Posens<sup>77</sup>. In einem umfangreichen Kommuniqué faßte der parlamentarische Aktionsausschuß Nord seine Aufgaben folgendermaßen zusammen: Seine Hauptaufgabe sei „die Bildung eines einheitlichen, geschlossenen, zielklaren und entschlossenen Volkswillens durch Aufklärung in den bedrohten Gebieten ...“; alle parteipolitischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Gegensätze müßten zurück-

<sup>73</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1349.

<sup>74</sup> Ebenda.

<sup>75</sup> Ebenda.

<sup>76</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1795; das erwähnte statistische Material ist in den Akten nicht aufzufinden.

<sup>77</sup> Siehe: Worgitzki, Geschichte der Abstimmung, a. a. O., S. 27 ff.

treten; „Wahrung des Burgfriedens“ sei das oberste Gebot. Im Falle einer Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages sei die Aufgabe des Aktionsausschusses, den militärischen Widerstand gegen einen dann voraussichtlich erfolgenden polnischen Angriff zu organisieren. Sollte es aber zur Unterzeichnung kommen, so sei es seine Aufgabe, durch die Organisation einer Volksabstimmung zu verhindern, daß die Ostgebiete an Polen fielen. Ausdrücklich gesperrt erscheint in dem Kommuniqué der Satz: „Die Regierung setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß über das Schicksal dieser Gebiete die Bevölkerung durch Abstimmung zu entscheiden hat. Diese soll gemeindeweise vorgenommen werden.“ Ohnehin sei die Lage im Osten keinesfalls hoffnungslos: „Die Gegensätze, die innerhalb der Entente bestehen, lassen sich auf die Dauer nicht überbrücken . . . Das polnische Staatswesen ist innerlich nicht gefestigt. Posen schließt sich gegen Kongreß-Polen ab. Rußland erstarbt wieder. Das alles darf nicht übersehen werden, wenn es sich um die Zukunft des bedrohten Ostgebiets handelt.“<sup>78</sup>

Das Vorgehen des parlamentarischen Aktionsausschusses Nord war nicht ungeschickt; der Zusammenschluß der Deutschen aller Parteien und Konfessionen, die Bereitschaft zum Krieg im Falle der Nichtunterzeichnung waren den Forderungen der Volksräte und Flüchtlingsorganisationen nicht unähnlich und wohl auch dazu gedacht, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Von Oststaat-Plänen und offensivem Vorgehen gegen Polen, gleich ob mit oder ohne Reichsregierung, war freilich nicht die Rede.

## VI

Die Gegensätze zwischen Volksräten und dem parlamentarischen Aktionsauschuß traten schnell und scharf zutage. Am 27. Mai trat der Aktionsauschuß im Remter der Marienburg zusammen, ohne die Vertreter der Volksräte hinzuzuziehen. An der Tagung nahm als Vertreter der Reichsregierung der Gesandte Nadolny, der Leiter des Büros des Reichspräsidenten, teil, der selbst den Gedanken eines unabhängigen Oststaats vertreten hatte, aber nicht gewillt war, mit den Volksräten gegen die Reichsregierung, sondern mit dem parlamentarischen Aktionsauschuß und der Reichsregierung zusammenzuarbeiten, was, wie sich auf dieser Sitzung herausstellte, praktisch auf einen Verzicht auf Oststaat-Pläne bedeutete. „In Marienburg“, schrieb Winnig in seinen Memoiren, „fand ich nicht den Geist, den ich erwartet hatte. Alle Teilnehmer schienen mir gedämpft und gehemmt. Ebert hatte den Gesandten Nadolny geschickt. Ich fragte ihn, ob er außer den Grüßen und Wünschen des Reichspräsidenten noch etwas anderes bringe. Eine besondere Botschaft hatte er nicht, sondern nur die Zusicherung, daß die Reichsregierung die Fragen des Ostens mit Ernst und Nachdruck behandle, und was sich sonst noch in diesem Stil sagen ließ. Nadolny hatte sich mit Batocki unterhalten. Bald darauf

<sup>78</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. A 419, Nr. 25.

kam Batocki zu mir und sagte: „Sie haben es mit dieser Kundgebung gut gemeint, aber viel Zweck hat sie nicht, die Regierung wird den Frieden annehmen.“<sup>79</sup>

Cleinow war tief enttäuscht darüber, daß die Volksräte in Marienburg so ostentativ von den Beratungen ausgeschlossen worden waren: „Das Wenigste, was wir hätten erwarten können, war unsere Hinzuziehung als Gäste. Wenn es damals nach dem Wunsch einiger Grenzschilder gegangen wäre, wären den Herren im Remter Handgranaten auf den Sitzungstisch geflogen ...“<sup>80</sup>.

Am folgenden Tage, dem 28. Mai 1919, demselben Tag, an dem in Versailles die deutschen Gegenvorschläge für den Friedensvertrag überreicht wurden, tagten die Vertreter der Posener und westpreußischen Volksräte sowie des ostpreußischen Heimatdienstes unter dem Vorsitz von Cleinow; nunmehr wurde, wahrscheinlich als Reaktion auf das unbefriedigende Ergebnis der Tagung des parlamentarischen Aktionsausschusses am Tage zuvor, erstmals offiziell der Vorsatz bekannt gemacht, mit der Gründung eines autonomen Oststaates Ernst zu machen<sup>81</sup>.

Der schließlich einstimmig verabschiedete Beschluß der Volksräte richtete an „sämtliche Bewohner des deutschen Ostens ohne Unterschied der Muttersprache“ die Aufforderung, „die Frage der Ostmark nicht von außen regeln zu lassen“, sondern durch einen von der Bevölkerung der betreffenden Gebiete selbst herbeizuführenden „deutsch-polnischen Ausgleich“ einen „freien Rechtsstaat“ zu gründen. Sollte es aber zu einer Unterzeichnung des Friedensvertrages kommen und Polen die von ihm in Anspruch genommenen Gebiete besetzen wollen, dann „soll vor der ganzen Welt kein Zweifel bestehen, daß die Deutschen der Ostmark wie ein Mann aufstehen werden, um das Erbe ihrer Väter, das ihnen geraubt werden soll, mit allen Mitteln zu verteidigen. Ein solcher Krieg in der Ostmark, den die Polen damit entfachen würden, wäre einer der fürchterlichsten Bürgerkriege, die wir kennen ...“<sup>82</sup>.

Über die politische Lage in den Ostprovinzen zu diesem Zeitpunkt liegt eine Denkschrift des Geheimen Regierungsrats im preußischen Innenministerium Loehrs vor. Die deutschen Volksräte, so führt Loehrs aus, wollten einen autonomen Oststaat, unter Umständen sogar in Anlehnung an Polen. Dem sei zwar der parlamentarische Aktionsausschuß Nord scharf entgegengetreten; jedoch solle immerhin „der Gedanke des autonomen Oststaates von einzelnen, den Mittelparteien angehörenden Abgeordneten des Ostens nicht mit der gleichen Schärfe abgelehnt werden wie von der Mehrheit ... Hinzu kommt, daß einzelne einflußreiche, den maßgebenden Stellen nahestehende politische Persönlichkeiten des Reichsdienstes und der preußischen Verwaltung dem Gedanken des autonomen Oststaates eine gewisse

<sup>79</sup> Winnig, Heimkehr, a. a. O., S. 205 f.; vgl. Rudolf Nadolny, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 70 f. Bemerkenswert in den Memoiren Nadolnys, wenn auch anderweitig nicht belegbar, ist seine Behauptung, auch Ebert sei über den Oststaaten-Plan informiert gewesen und habe ihn gutgeheißen.

<sup>80</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 276.

<sup>81</sup> Ausführliche Protokolle der Sitzung in: ebd., S. 276 ff.

<sup>82</sup> In: Bundesarchiv, R 43 I/1830.

Berechtigung zusprechen. Wesentlich bestimmend für sie ist die Erwägung, daß die Ostmark, durch den Gang der Dinge auf sich selbst gestellt, selbständige Entschlüsse zu fassen haben würde, um die Deutschtumsinteressen des Ostens zu wahren und gegebenenfalls Grundlagen für den Aufbau Preußen-Deutschlands zu schaffen. Auch die außenpolitische Erwägung, daß für Deutschland günstige handelspolitische Abmachungen leichter mit einem autonomen Oststaat als mit Polen zu treffen seien, wirkt in dieser Richtung . . .“ Anschließend erörtert Loehrs die voraussichtlichen außenpolitischen Folgen dieses Vorgehens und kommt zu dem Ergebnis, daß die Entente hierin nur einen weiteren Beweis für die partikularistischen Tendenzen im Reich sehen werde, was Deutschlands Stellung in Versailles weiter schwächen müsse. Auch könne man nicht an ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Polen in einem Gebilde hoffen, das seine Geburt einem deutsch-polnischen Kriege verdanke. Aber auch der Glaube, entsprechend der Situation von 1813 Deutschland oder auch nur Preußen von Osten her zu erneuern, wie er ständig von Apologeten der Sezession geäußert werde, sei unrealistisch, da die Bündnissituation vollkommen anders geartet sei als während der Befreiungskriege. Nach der Abwägung aller Vor- und Nachteile des Plans gelangt Loehrs schließlich zu dem Schluß, das Projekt gehe zwar von ehrenwerten Überlegungen aus und sei mit den rheinisch-pfälzischen Separationsbestrebungen keineswegs zu vergleichen, er müsse aber dennoch vom Standpunkt einer zielbewußten, auf nationalem Verantwortungsgefühl beruhenden Politik zurückgewiesen werden<sup>83</sup>.

Eigentümlich und auffallend waren die Reaktionen der preußischen und Reichsregierung auf die Marienburger Beschlüsse der Volksräte. Eine klare, unmißverständliche Zurückweisung blieb aus. Zwar erließ die Reichsregierung am 30. Mai einen Aufruf an die ostdeutsche Bevölkerung, in dem sie indirekt östliche Sonderaktionen verurteilte: „Wer heute den Gegnern einen Vorwand für den Einmarsch und die gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihren Bundesgenossen. Verhandlungen, nicht Kampf, das muß jetzt die Losung sein. Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für das Reich und das Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist.“<sup>84</sup> Damit war über die Stellung der Reichsregierung zum Oststaat-Plan so gut wie gar nichts ausgesagt. Niemand hatte vor, einen Oststaat vor der Entscheidung über die Unterzeichnung in Versailles anzurufen; wie aber diese Entscheidung ausfallen würde, und welche Stellung die Reichsregierung dann beziehen würde, darüber waren aus Berlin wolkige, nichtssagende Formulierungen zu hören, aus denen ein jeder heraushören konnte, was er wollte.

Selbst der Reichskommissar konnte kein klares Bild über die Absichten der Regierung gewinnen: „In politisch leitenden Kreisen der Bevölkerung“, schrieb er in einem Lagebericht vom 2. Juni, „steigt das Unbehagen über die Unklarheit, die hinsichtlich der Maßnahmen besteht, die von der Regierung im Falle

<sup>83</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1830.

<sup>84</sup> Schultheß 1919, I, S. 226.



einer durch Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages herbeigeführten polnischen Besetzung der strittigen Gebiete in Aussicht genommen sind. Auf die vielfachen Anfragen, die in diesem Punkte an mich gelangen, habe ich bisher immer geantwortet, daß ich in einem solchen Falle einen bewaffneten Widerstand für selbstverständlich halte. Es wäre mir erwünscht zu wissen, inwieweit ich dabei mit der Staatsregierung übereinstimme. Sollte die Staatsregierung bereits Entschlüsse für diesen Fall gefaßt haben, so bitte ich, mich davon zu unterrichten, damit ich hier nicht Hoffnungen erwecke, die später getäuscht würden . . .<sup>85</sup>.

Daß die preußische Staatsregierung, und mit ihr auch die Reichsregierung, alles andere als klare Vorstellungen von der Zukunft in den Ostprovinzen hatte, wurde in einer Besprechung deutlich, die am 5. und 6. Juni unter dem Vorsitz des preußischen Innenministers Heine im Innenministerium stattfand. Anwesend waren daneben August Winnig, Batocki, der Oberpräsident von Westpreußen Schnackenburg, der Regierungspräsident in Bromberg v. Bülow, der Gesandte Nadolny, der Stabschef der Zentrale Grenzschutz Ost Major v. Willisen, sowie eine Anzahl leitender Beamter aus dem preußischen Innenministerium und des Auswärtigen Amts. Die Sitzung war aus Anlaß der Erklärung der Volksräte vom 28. Mai auf der Marienburg einberufen worden. Es zeigte sich, daß die Teilnehmer der Sitzung, soweit sie aus den Ostprovinzen kamen, die Möglichkeit einer Oststaatensezession und der Wiederaufnahme des Kampfes gegen Polen durchweg bejahten, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Winnig und die beiden Oberpräsidenten erklärten, im Falle einer Nichtunterzeichnung beim Reich bleiben zu wollen, allerdings in der Annahme, daß gerade dann der Krieg gegen Polen unvermeidlich sei; für den Fall einer Unterzeichnung der von der Entente vorgelegten Friedensvorschläge allerdings sei die Ausrufung des Oststaates zu erwarten. Major v. Willisen jedoch ging weiter und drängte auf ein möglichst baldiges Losschlagen gegen Polen, solange die deutsche militärische Überlegenheit an der Ostgrenze noch weiterbestehe. Lediglich Regierungspräsident v. Bülow sprach sich gegen den Oststaat aus, da bei einer Ostorientierung für die Provinz Posen keine Vorteile entstehen könnten; überhaupt sei die Idee Cleinows und der Volksräte, erst einen Krieg gegen die Polen zu führen und dann mit ihnen in gutem Einvernehmen weiterzuexistieren, völlig indiskutabel. Werde aber die Regierung nicht unterschreiben und sich hinter die Interessen des Ostens stellen, so werde eine Volkerhebung in Posen Erfolg haben. In diesem Falle können auch, um der Reichsregierung ein außenpolitisches Alibi zu verschaffen, die Bildung eines Oststaates erwogen werden. Demgegenüber erklärte Heine, die Bildung eines Oststaates würde nur auf die Schwächung Preußens und des Reichs hinauslaufen, und im übrigen: „Die gegenwärtige Regierung wird den Friedensvertrag, wie er von unserem Gegnern gemacht ist, keinesfalls unterschreiben.“ Das waren große Worte, und in seinem Schlußwort schwächte Heine sie wieder ab. Der Wortlaut seiner Schlußrede ist aufschlußreich:

<sup>85</sup> Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Nr. 4166.

„Gäbe es eine deutsche Regierung, die einen Friede unterschriebe, der unseren Lebensinteressen nicht Rechnung trägt, dann müsse jeder auf sich stehen. Gerade in diesem Falle muß das Wiedererstehen des deutschen Reiches vom Osten ausgehen . . . So und nicht anders kann und will ich auch nur das verstehen, was im Osten an Plänen und Ideen zur Zeit vorhanden ist.“<sup>86</sup>

Auch hier also alles andere als eine klare Stellungnahme; von einer deutlichen Zurückweisung der Oststaat-Pläne durch die preußische Regierung konnte keine Rede sein, im Gegenteil, die Schlußworte Heines konnten von den übrigen Teilnehmern der Sitzung dahingehend ausgelegt werden, daß im Falle einer Unterzeichnung des Friedensvertrages die preußische Regierung für alles, was im Osten geschah, ihre Hände in Unschuld zu waschen sich vorgenommen hatte.

## VII

Nunmehr liefen Vorbereitungen für die Oststaatbildung und die Polenoffensive wieder auf vollen Touren.

Die an diesen Vorbereitungen beteiligten Militärs hatten ohnehin, ungeachtet der dem entgegenstehenden Weisungen der OHL, ihre Offensivpläne weiter vorangetrieben. Das AOK Süd in Breslau, dessen Stabschef, General v. Lossberg, wesentlichen Anteil an den Kampfvorbereitungen hatte, hatte bereits am 26. April der OHL telegraphisch mitgeteilt: „ . . . Wenn Regierung Posen im Frieden preisgibt, soll auf gesamter Front und gegen OHL angegriffen werden.“<sup>87</sup>

Daß eine derart offene Ankündigung von Meuterei, noch dazu durch einen hochstehenden Generalstabsoffizier, möglich war, ohne daß er unverzüglich von seinem Posten entfernt wurde, beleuchtet die Konfusion, die auch in militärischen Kommandostellen, ja selbst bei der OHL in der Frage der Zukunft des Ostens herrschte. Oberst v. Thaer notierte am 13. 5.: „Ich gab hier durch meine Mittelspersonen die ‚Volksparole‘ heraus: ‚Wir geben hier keinen Schritt Landes preis, ganz egal, ob unsere Regierung sich dazu verpflichtet; wir kämpfen dann selbständig gegen die Polen bis zum letzten Mann . . .“<sup>88</sup>.

Das militärische Kräfteverhältnis an der Polenfront war dazu angetan, dergleichen Absichten zu unterstützen. Nach einem Feindlagebericht der OHL vom 25. Mai 1919 wurde die ungefähre Stärke des polnischen Heeres mit rund 290 000 Mann, darunter allerdings etwa 100 000 Rekruten, angesetzt. An der galizischen Front gegen die Bolschewisten kämpften etwa 35 000 Mann, gegen die Ukrainer 60–70 000 Mann, darunter die besten verfügbaren polnischen Verbände der Haller-Armee. Für den Objektschutz, vor allem gegenüber den Tschechen bei Teschen und gegenüber Oberschlesien, seien weitere 20 000 Mann eingesetzt. Die Stärke der polnischen Truppen an der Posener Front betrug etwa 50 000 Mann, die im

<sup>86</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1830.

<sup>87</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1829.

<sup>88</sup> Thaer, Generalstabsdienst, a. a. O., S. 311.

Falle eines deutsch-polnischen Krieges nach Ansicht der OHL um etwa 50 000, die von den anderen Fronten abgezogen werden mußten, verstärkt werden konnten. Allerdings bestand die Möglichkeit, daß auch die Tschechoslowakei bei der Gelegenheit mit etwa 50 000 Mann auf polnischer Seite eingreifen werde<sup>89</sup>.

Demgegenüber hatte sich die militärische Lage auf deutscher Seite seit Beginn des Jahres 1919 erheblich verbessert. Anhand der bis Ende Mai bei der OHL eingegangenen Meldungen aus dem Bereich des Grenzschutz Ost konnte das Große Hauptquartier die Gesamtstärke der im Osten stehenden Truppenverbände auf 240 000 Mann beziffern, von denen allerdings die im Baltikum operierenden Truppen, zu dem Zeitpunkt 22 600 Mann, nicht in Betracht kamen. Hinzu kamen die örtlichen Volkswehren, so daß man glaubte, einschließlich der verfügbaren Reserven rund 280 000 Mann gegen Polen einsetzen zu können<sup>90</sup>.

Das war in der Tat eine Basis, die den Erfolg einer deutschen Offensive wahrscheinlich machte, zumal die strategische Lage für die angreifenden deutschen Verbände günstig war; die Ausgangsstellungen lagen von Litauen, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien wie ein riesiger Ring um Polen. Um festzustellen, wie weit die Truppen bereit waren, einem Angriffsbefehl zu folgen, ließ das AOK Nord gegen Mitte Juni einen Fragebogen bei den ihm unterstellten Verbänden zirkulieren, der folgende Fragen enthielt:

„1. Welche Stäbe und Truppen sind bereit, falls die Bevölkerung es wünscht, durch Angriff deutschen Boden zu verteidigen, auch falls die Regierung es verbietet?

2. Besteht die Bereitschaft zu 1. auch dann, wenn die OHL ihre Genehmigung zur Aktion nicht erteilt?“

Beide Fragen wurden von allen Truppenführern rückhaltlos bejaht<sup>91</sup>.

Die militärischen Vorbereitungen für den Vormarsch waren bereits weit gediehen und gingen erheblich über die Vorstellungen der zivilen Befürworter des Oststaat-Plans hinaus. Während Cleinow lediglich die Rückeroberung Posens forderte, hatten die militärischen Kommandostellen auf Armeebene einen Plan ausgearbeitet, der unter dem Decknamen „Frühlingssonne“ lief und die Einnahme ganz Polens vorsah<sup>92</sup>. So hatte das Freikorps von Diebitsch, das zu dem Zeitpunkt etwa Divisionsstärke hatte und, in Litauen stationiert, den linken Flügel des Operationsringes bildete, alle Vorbereitungen für den Vormarsch auf Warschau abgeschlossen<sup>93</sup>. Gleichzeitig hatte das VI. Armee Korps in Breslau in Verhandlungen mit tschechischen Dienststellen ein Abkommen getroffen, das die tschechische Neutralität im Falle eines deutschen Vormarsches sicherte<sup>94</sup>.

<sup>89</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1795.

<sup>90</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 46/131.

<sup>91</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 314.

<sup>92</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 97/6.

<sup>93</sup> Friedrich Wilhelm v. Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918–1923, 4. erw. Aufl., München 1938, S. 80.

<sup>94</sup> Ebd., S. 80f.

Die ostdeutschen Generalkommandos waren für die Erhebung vorbereitet, und als militärischer Oberkommandierender war General v. Below, der Kommandierende General des XVII. AK in Danzig, vorgesehen<sup>96</sup>.

Zur gleichen Zeit wurden auch von Seiten der Volksräte die Vorbereitungen vorangetrieben. Nach außen hin war man allerdings weiterhin vorsichtig und begnügte sich mit geheimnisvollen, nur Eingeweihten verständlichen Hinweisen. So im Falle eines Bauern, der seine Wiesen an der Netze nicht abmähen konnte, weil er dabei von polnischer Seite aus beschossen wurde, sich mit einer Beschwerde an den Kreisvolksrat Bromberg-Land wandte und am 18. Juni die Antwort erhielt, im Moment sei da zwar nichts zu machen, „jedoch muß ja in den nächsten Tagen infolge der Änderung der politischen Lage auch in der Führung der Demarkationslinie eine Änderung eintreten, die hoffentlich Ihren Wünschen entsprechen wird“<sup>96</sup>. Im engeren Kreise jedoch war man keineswegs zimperlich. „In sehr wenigen Tagen werden wir vielleicht wieder Kriegszustand haben“, schrieb Cleinow am 15. Juni an seine Frau. „... Die Dinge liegen so: Die Regierung mag den Frieden unterzeichnen oder nicht, so wird die Ostmark gezwungen sein, sich selbst für das gesamte Deutschtum zu erhalten. Unterzeichnet nämlich die Regierung, dann gibt sie uns preis, und wir müssen uns gegen die Polen behaupten. Unterzeichnet sie nicht, so rückt die Entente ein, sprengt Süd- und Westdeutschland mitsamt dem Ruhrkohlengebiet von Deutschland ab und blockiert die Häfen von Emden, Bremerhaven, Hamburg, Lübeck, Stettin, Danzig, Königsberg und Memel. In Oberschlesien bricht die polnisch-tschechische Verschwörung aus und in Posen setzen die Hallertruppen sich gegen die Demarkationslinie auf Kreuz-Schneidmühl-Bromberg-Thorn in Bewegung.

Angesichts dieser Lage ist es unsere Aufgabe, für Mitteldeutschland (Berlin) den Osten mit seinen Lebensmitteln zu erhalten. Die beste Parade ist der Hieb, der Hieb gegen Polen. Wir sind militärisch stark genug, um nicht nur einen polnischen Angriff abzuschlagen, wir können im Gegenstoß auch die ganze Provinz Posen von den Hallertruppen säubern.

Unter diesen Voraussetzungen wird der Oststaat gebildet ... Schlesien und der Regierungsbezirk Posen werden von dem Schmiedemeister Hoersing, Ost- und Westpreußen mit dem Regierungsbezirk Bromberg von dem Hamburger Maurer Winnig diktatorisch zusammengeschlossen.“ Für beide Gruppen seien fünfköpfige Direktorien vorgesehen, denen Parlaments- und Volksratsausschüsse zur Seite stehen sollten. Die personellen Fragen, so erklärte Cleinow, seien völlig gelöst, die Stimmung in der Bevölkerung für diese Lösung gut<sup>97</sup>.

Auch Winnig war zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt, der Oststaat-Plan sei nicht nur durch die Lage im Osten gerechtfertigt, sondern werde auch, wenn auch nur unter der Decke, von der Reichsregierung gebilligt. Seinen Memoiren zufolge

<sup>96</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Goerdeler, Nr. 10.

<sup>98</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 419, Nr. 41.

<sup>97</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 295 ff.

war am 14. Juni der Reichs- und Staatskommissar Otto Hoersing, der die gleiche Funktion wie Winnig in Schlesien und den angrenzenden Gebieten Posens ausübte, bei ihm erschienen und hatte ihm eröffnet, er komme mit einem Befehl der Reichsregierung, den diese weder einem Brief noch einem Kurier habe anvertrauen wollen, und den er, Hoersing, mündlich übermitteln sollte. Danach seien Hoersing und Winnig ermächtigt, den Krieg für die Erhaltung des deutschen Ostens vorzubereiten. Winnig solle sich sofort mit dem Generalkommando des AOK XVII in Danzig in Verbindung setzen, was er, Hoersing, bei dem Generalkommando in Breslau bereits getan habe. Der Krieg solle offensiv von Westpreußen und Schlesien aus geführt werden; die Regierung werde ihre Verantwortung öffentlich leugnen, doch dem Osten Freiwillige und Waffen insgeheim in großer Zahl zur Verfügung stellen<sup>98</sup>. Daraufhin erließ Winnig am 15. Juni einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es hieß, auch wenn die Regierung infolge ihrer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, gestürzt werden sollte durch Leute, die zur Unterzeichnung bereit seien, so werde sich der Osten dieser Entscheidung nicht beugen, sondern von sich aus den Kampf gegen Polen aufnehmen<sup>99</sup>.

Zu den ungeklärten Fragen im Zusammenhang mit den Oststaat-Plänen gehört die Mission Hoersing, der, wie sich wenig später herausstellte, Gegner des Oststaat-Plans und der Wiederaufnahme des Krieges war; am 18. Juni leugnete Hoersing auf einer Fraktionssitzung der SPD in Weimar, jemals den Oststaatgedanken unterstützt zu haben, und klagte sogar die ostdeutschen Militärs an, sie hätten „in verbrecherischer Kriegslüsterheit auf einen neuen Krieg hingearbeitet ...“<sup>100</sup>. Ob Hoersing innerhalb von vier Tagen seine Meinung so grundsätzlich geändert hat, ob Winnig die Mission Hoersings unzutreffend darstellt, oder ob Hoersing den Auftrag gehabt hat, Winnig auszuhorchen, bleibt ungeklärt. Tatsache ist jedenfalls, daß Hoersings Behauptung, er habe sich mit dem Generalkommando in Breslau ins Benehmen gesetzt, falsch war; der Generalstabsoffizier Hesterberg vermerkte in seinem Tagebuch unter dem 10. Juni 1919, Hoersing sei im Generalkommando erschienen und habe es ausdrücklich abgelehnt, mit dem AOK zusammenzuarbeiten<sup>101</sup>.

## VIII

Während so Winnig, Cleinow und die Militärs im Osten auf die Bildung des Oststaates hinarbeiteten, fiel die Entscheidung nicht im Osten, sondern in Weimar.

In der Beurteilung der Chancen einer Polenoffensive und der Ostsezeession war die Einstellung der führenden deutschen Militärs von Beginn an sehr unterschied-

<sup>98</sup> Winnig, Heimkehr, a. a. O., S. 213.

<sup>99</sup> Text in: Worgitzki, Geschichte der Abstimmung, a. a. O., S. 32.

<sup>100</sup> Winnig, Heimkehr, a. a. O., S. 216 ff.

<sup>101</sup> Erich Hesterberg, Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, Kampf um Oberschlesien, Breslau 1952, S. 212 f.

lich gewesen. Nicht alle Offiziere waren von einem Erfolg überzeugt gewesen; Generalmajor v. Seeckt, der bis zum 17. April 1919 Stabschef beim AOK Nord in Bartenstein gewesen war, hatte dergleichen Pläne scharf zurückgewiesen. In einem Schreiben vom 15. April an Winnig ging Seeckt auf Winnigs Aufsatz in der Königsberger Allgemeinen Zeitung vom 10. April ein, in dem Winnig seine Gedanken über die Zukunft des Ostens niedergelegt hatte. Die Auffassung Winnigs sei verderblich, schrieb Seeckt; sie sei auch einst die seine gewesen, „aber jetzt kann doch niemand glauben, daß unseren zerschlagenen, der Disziplin und des Ansehens der Führer künstlich beraubten Armeen . . . das gelingen könnte, was der prachtvollen kaiserlichen Armee nicht gelang, die Niederwerfung des Westens oder auch nur die Abwehr . . .“<sup>102</sup>. Hier wird der entscheidende Punkt deutlich, der die höheren Militärs in der Oststaatfrage uneinig machte: sollte die Bewahrung der Reichseinheit als höchstes Ziel gelten, so waren Oststaat-Pläne das gefährlichste, was überhaupt geschehen konnte, denn die Antwort der Entente wäre mit erheblicher Sicherheit der Einmarsch nach Westdeutschland und die Aufteilung der von ihr besetzten Gebiete gewesen.

Der von den Anhängern der OstsezeSSION verfochtene Gedanke, man könne, ähnlich wie 1813, mit einer Yorckschen Tat die Befreiung Deutschlands erreichen, verdeutlicht die Gegenposition: Primat der Erhaltung Preußens als Ausgangspunkt für die Revision der Ergebnisse des Weltkrieges. Winnig wies auf seinen Reisen durch Ostpreußen, auf denen er für die SezeSSION warb, diesen Gedanken als unrealistisch zurück, da er der gegenwärtigen Lage nicht gerecht werde. „Ich hatte die Erhebung trotzdem für möglich gehalten“, schreibt er in seinen Erinnerungen, „und hatte sie gewollt, und mit der Obersten Heeresleitung im Bunde, wenn auch nur im heimliche Bunde, wäre es kein ganz hoffnungsloses Wagnis gewesen . . .“<sup>103</sup>.

Die OHL jedoch, und das sollte sich für die Zukunft des Ostens als entscheidend herausstellen, war gegen den Oststaat und gegen die Polenoffensive. „Der Vergleich mit Preußen 1813“, so hatte Groener bereits in einem Lagevortrag am 19. Mai dargelegt, „scheitert daran, daß sich Preußen damals dem Sieger anschloß, nachdem die napoleonische Armee zertrümmert war, weniger durch Waffengewalt als durch die Ereignisse der Natur. Der Yorcksche Gedanke ist für die gegenwärtige Zeit nicht brauchbar. Der Sieger ist die Entente . . .“<sup>104</sup>. Infolgedessen weigerte sich die OHL konsequent, den Plänen der ostdeutschen Militärs Gehör zu gewähren.

In Berlin allerdings hatten die Verfechter der Oststaatidee eine wichtige Rückenstütze in Oberst Reinhardt, dem preußischen Kriegsminister, der vollkommen auf der Linie Winnigs und General v. Belows lag. Um die Unterstützung aller höheren Reichswehrkommandeure für diese Linie zu gewinnen, hatte Reinhardt

<sup>102</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, Nachlaß Seeckt, Nr. 141.

<sup>103</sup> Winnig, Heimkehr, a. a. O., S. 234.

<sup>104</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 42/12.

Noske veranlaßt, für den 18. Juni die ostdeutschen Kommandeure und Stabschefs, dazu Groener und Schleicher als Vertreter der OHL, Seeckt als Vertreter der deutschen Friedenskommission, General v. Lüttwitz als Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I sowie die Militärbevollmächtigten der Länder nach Weimar zu einer Besprechung über die militärische Lage einzuladen. Die Zeit drängte, denn am 16. Juni hatte die Entente in ultimativer Form die Zustimmung für die Unterzeichnung innerhalb von fünf Tagen verlangt. Die Unterredung, die Groener am 18. Juni mit Reinhardt unter vier Augen hatte, bestätigte seinen Verdacht, daß Reinhardt die Besprechung veranlaßt hatte, um zusammen mit den ostdeutschen Kommandeuren Noske und die übrigen Reichswehrbefehlshaber noch im letzten Augenblick von der Notwendigkeit der Abtrennung Ostdeutschlands und der Wiederaufnahme des Krieges im Osten zu überzeugen<sup>106</sup>. Am Abend des gleichen Tages traf Groener mit dem Reichswehrminister zusammen, wobei sich zeigte, daß Noske mit Groener einer Meinung war<sup>106</sup>.

Den detaillierten Aufzeichnungen Groeners zufolge<sup>107</sup> begann am 19. Juni morgens die entscheidende Besprechung. Hier zeichneten sich schnell die Fronten ab: Auf der einen Seite Noske und Groener, der seinen Gegnern die aussichtslose Lage des Reiches im Falle der Nichtunterzeichnung schonungslos klarmachte und feststellte, daß „der höchste sittliche Wert, der auf dem Spiele stehe, die Erhaltung der Einheit des Reiches sei“. Demgegenüber standen, neben Reinhardt, General v. Below, General v. Lossberg, der Stabschef des AOK Süd in Breslau, und Oberst Heye, Nachfolger v. Seeckts als Stabschef des AOK Nord in Bartenstein. Die Urschrift des Berichts Groeners verrät noch alle Zeichen der erregten Atmosphäre, in der diese Besprechung verlief; Bemerkungen wie die folgende sind in seinen veröffentlichten Memoiren sorgfältig getilgt: „Die Urteile der Generale bezogen sich lediglich auf den engen Ausschnitt ihres eigenen Befehlsbereichs und auf die unmittelbaren Ziele eines Kampfes für kurze Zeit; ihre politischen Auffassungen waren kindlich naiv, ihre militärischen begrenzt vom engen Horizont des Truppenführers, insbesondere General v. Lossberg berauschte sich an seinen eigenen Worten, während General v. Below[s Wort]e in ihrer großsprecherischen Weise an den Wintervortrag eines jungen Offiziers erinnerten und jedes nüchterne, klare und logische Wägen eines im Kriege bewährten Generalstabschefs vermissen ließen. General v. Below hatte anscheinend überhaupt nicht viel über die Lage nachgedacht ... Mit mehr Einsicht beurteilt Oberst Heye die Lage, aber auch er war befangen in dem Gedanken, daß die Regierung selbst eine solche Aufstandsbewe-

<sup>106</sup> Aufzeichnung Groeners über „Die Tage in Weimar vom 18.–20. Juni 1919“, S. 2, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, N 42/12.

<sup>106</sup> Ebd., S. 4.

<sup>107</sup> Neben den in den vorhergehenden Anmerkungen belegten Aufzeichnungen Groeners existieren hierzu noch Aufzeichnungen Reinhardts, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, N 86/16 bis 30; Tagebuchaufzeichnungen des Abt.-Leiters im preuß. Kriegsministerium Oberst van den Bergh in: Institut für Zeitgeschichte, ED 70; eine kurzgefaßte Aufzeichnung Oberst Heyes in: Bundesarchiv, Nachlaß Luettgebrune, Nr. 24.

gung nicht nur des Militärs, sondern des ganzen Volkes im Osten wünsche und vorbereiten wolle . . . <sup>108</sup>. Die Sitzung mußte, da keine Einigung erzielt werden konnte, abgebrochen werden.

Am Abend des gleichen Tages fand eine neue Sitzung statt, an der auch zivile Vertreter der Ostprovinzen sowie, als Vorsitzender, der preußische Innenminister Heine teilnahm. Hier war es zur allgemeinen Überraschung Hoersing, der scharf gegen eine Polenoffensive Stellung nahm, da die schlesische Bevölkerung einen neuen Krieg nicht mitmachen werde und allgemeiner Generalstreik zu befürchten sei. Daraufhin schloß sich Oberst Heye der Ansicht Groeners an, daß eine Volkserhebung im Osten sinnlos sei. Auf der gleichen Seite stand der Danziger Oberbürgermeister sowie, mit sehr vorsichtigen Formulierungen, Innenminister Heine, der erklärte, er und die preußische Regierung seien gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages; dann aber sei ein separater Oststaat ohnehin sinnlos. Auf die Möglichkeit einer Unterzeichnung und die daraus sich ergebenden Folgen für den Osten einzugehen, unterließ Heine. Das Ergebnis faßte Groener zusammen: „Für die militärischen Vertreter war nunmehr Klarheit geschaffen, daß im Falle der Ablehnung des Friedens der im Osten entbrennende Kampf die Unterstützung der Masse der östlichen Bevölkerung finden werde, im Falle der Annahme jedoch auf eine Volkserhebung nicht zu rechnen sei.“<sup>109</sup>

## IX

Die Tagung hatte gezeigt, daß die Mehrheit der Politiker und Militärs den Oststaatenplan, allerdings mit einigen Differenzierungen, zurückwies. Entscheidend war die Weigerung Noskes und Groeners, sich an dem Projekt zu beteiligen. So blieb den Verantwortlichen im Osten nichts als die Aufgabe ihrer Pläne oder aber das Wagnis der Erhebung und also Meuterei.

Dazu war man vor allem im Generalkommando des XVII. AK in Danzig entschlossen. Am 20. Juni kehrten General v. Below und sein Stabschef, Oberstleutnant Stapff, aus Weimar zurück. Hauptmann d. R. Goerdeler, der mittlerweile versucht hatte, die Verhängung des Belagerungszustandes in Danzig bei den zuständigen Stellen zu erwirken, um so einem Generalstreik zuvorzukommen, erstattete dem General sofort nach seiner Rückkehr Bericht. Er legte dar, „daß die Entwicklung überall durchaus den vorausgesetzten Verlauf genommen hat, daß die mil. Niederwerfung der Polen nach wie vor die einzige Möglichkeit bleibt, und daß der Kampf spätestens vor Montag, dem 23. 6., abends im Gange sein muß. Am 23. 6. abends“, fuhr Goerdeler seine Tagebuchnotizen zufolge fort, „ist die Annahme des Friedens vollendete Tatsache. Dieses wird niederdrückend und zersetzend auf die Stimmung der Bevölkerung wirken und zu einer Reihe von Sonderaktionen führen.“

<sup>108</sup> Vgl. Groener, *Lebenserinnerungen*, a. a. O., S. 503.

<sup>109</sup> Groener, „Die Tage in Weimar . . .“, S. 20, in: *Bundesarchiv-Militärarchiv*, N 42/12.



Schilderungen des Chefs aus Weimar bestätigen nur diese Auffassung. Er erklärt, daß mit Lossberg alles vereinbart sei, bezweifelt aber die Entschlossenheit der Bevölkerung. Ich weise immer wieder darauf hin, daß sie in ihrer Mehrheit die Heimat verteidigen will und durch eine Tat mit fortgerissen werden wird.“<sup>110</sup> Oberst v. Thaer notiert am 22. Juni: „Hier bleibt es bei den getroffenen Beschlüssen. Hatte heute Brief von Exc. v. Below; er ist fest entschlossen und wird handeln ...“<sup>111</sup>. Auch das AOK Süd in Breslau traf vorbereitende Maßnahmen für die Operation „Frühlingssonne“, den Vormarsch gegen Posen und Kongreßpolen, wie ein Armeebefehl vom 21. Juni erweist<sup>112</sup>.

Die Vorbereitungen waren nicht geheimzuhalten. Hindenburg warnte am 23. Juni Ebert telegraphisch davor, daß bei Annahme der Friedensbedingungen „eine große Anzahl von Offizieren und freiwilligen Truppen der Regierung die Dienste aufsagen würde“<sup>113</sup>. Die englische Zeitung „Daily Chronicle“ berichtete aus Paris: „Die deutschen und polnischen Truppenkonzentrationen im Zusammenhang mit der zugespitzten Lage haben einen Punkt erreicht, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten innerhalb weniger Tage unvermeidlich erscheint ... Die letzten Nachrichten von der polnischen Front zeigen, daß Deutschland die Zusammenziehung von 300 000 Mann beendet hat, die drei Heeresgruppen bilden, mit den Hauptquartieren in Königsberg, Oliva und Breslau, während eine Südarmee die Intervention der Tschechoslowaken verhindern soll.“<sup>114</sup> Am Tag der Abstimmung über die Annahme des Friedensvertrages in der Nationalversammlung, am 23. Juni, trafen sich die Kommandeure und Vertrauensleute der um Bromberg liegenden Truppen und beschlossen, an alle Truppenteile und Kommandobehörden an der Polenfront und in Schlesien folgendes Telegramm zu senden:

„Vertreter aller Formationen des Abschnitts Bromberg haben heute einstimmig beschlossen:

1. In ihren Stellungen zu verbleiben, auch wenn Befehl zum Räumen gegeben wird, bis alle Nachbartruppen von Thorn bis Kreuz sich geäußert haben, ob sie auch, entgegen den von der jetzigen Regierung unterschriebenen Friedensbedingungen, mit Waffengewalt zur Deutscherhaltung der Ostmark eintreten;

2. die Waffen keineswegs niederzulegen, sondern im Kampf die Provinz Posen zurückzuerobern, sofern die Mehrheit der Grenzschutztruppen von Thorn bis Kreuz gleichen Sinnes sind, ausreichender Nachschub an Kriegsmaterial vorhanden ist, und geeignete höhere Führung sich hierzu zur Verfügung stellt.“ Aus allen Teilen der Polenfront trafen daraufhin begeisterte Zustimmungen ein<sup>115</sup>.

Am 22. Juni hatte sich nach dem Rücktritt des Kabinetts Scheidemann ein neues, unterschriftwilliges Kabinett unter Reichsministerpräsident Bauer gebildet, das

<sup>110</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Goerdeler, Nr. 10.

<sup>111</sup> Thaer, Generalstabdienst, a. a. O., S. 315.

<sup>112</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 97/6.

<sup>113</sup> Bundesarchiv, R 43 I/702.

<sup>114</sup> Zit. in: Berliner Tageblatt, Nr. 280, 23. Juni 1919.

<sup>115</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, N 42/16.

sich in der Oststaatfrage nunmehr zu klaren Meinungsäußerungen aufraffte. Bereits am selben Tage trafen in den Ostprovinzen Telegramme des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch und Reichswehrminister Noskes ein; „ersterer erklärte, jede auf Gründung einer selbständigen Ostrepublik gerichtete Bestrebung sei als Hochverrat aufs schärfste zu bekämpfen. Letzterer sagte, es sei unwahr, daß er seine Zustimmung gegeben habe, und lehnt derartige Bestrebungen schroff ab.“<sup>116</sup>

Nun endlich waren die Fronten deutlich geworden. Beim Generalkommando in Danzig war man sich klar darüber, daß die Zeit drängte. Am 21. Juni hatte Goerdeler eine Unterredung mit einem Leutnant Limm vom Posenschen Grenzschutz, der sich erbot, „dort die Front auf mehrere Kilometer zum Kampf zu bringen. Ich erklärte ihm, daß das die letzte Möglichkeit sei, gemeinsam große Aktion in Gang zu bringen. Er müsse spätestens in der Nacht vom Sonntag zum Montag handeln. Er ist bereit . . .“<sup>117</sup>. Am 22. Juni sandte General v. Below ein Telegramm an den Reichspräsidenten, in dem er auf die Stimmung der Truppe hinwies, die unbedingt kämpfen wolle<sup>118</sup>. Gleichzeitig sandte v. Below einen Brief an Hindenburg, in dem er die Frage stellte, ob er, Hindenburg, bereit sei, sich an die Spitze der Erhebung im Osten zu stellen; sollte Hindenburg nicht bereit sein, so werde er, v. Below, das selber tun<sup>119</sup>.

Die Aufzeichnung Goerdelers vom 23. Juni lautet: „7 Uhr morgens Telegramm vom Unterabschnitt Kreuz, daß schwerer polnischer Angriff von 2 Seiten unmittelbar bevorsteht; es würde bis zum letzten Blutstropfen gekämpft. Aufruf an Westpreußen mit Dr. Fleischer vorbereitet“<sup>120</sup>.

Weitere Fronttelegramme treffen nicht ein. Nachfrage bei Kreuzer Front ergibt, daß kein Schuß gefallen ist.

Dr. Fleischer will sich zu politischem Handeln vor militärischer Aktion nicht entschließen. Gen. v. Below und Chef des Stabes verlangen wiederum als Grundlage für ihr Vorgehen Angriff der Polen oder politische Handlung.<sup>121</sup>

Am darauffolgenden Tag traf Oberpräsident v. Batocki beim Generalkommando in Danzig ein. Bei ihm lag die ganze Hoffnung der Militärs, denn Winnig war in Weimar, um vergeblich gegen den Entschluß zur Friedensunterzeichnung in der Nationalversammlung anzugehen. Cleinow war zwar ein wichtiger Motor des Oststaat-Plans, konnte aber keine entscheidenden Entschlüsse fassen, da er nicht, wie Winnig oder Batocki, über das Machtmittel der Bürokratie verfügte. Batocki, so schreibt Goerdeler, schien beim Eintreffen beim Generalkommando nicht abgeneigt, die von v. Below geforderte politische Rückendeckung zu geben.

<sup>116</sup> Thaer, Generalstabsdienst, a. a. O., S. 316; in den Akten nicht zu ermitteln.

<sup>117</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Goerdeler, Nr. 10.

<sup>118</sup> Text ebenda.

<sup>119</sup> Nach: Groener, Lebenserinnerungen, a. a. O., S. 510.

<sup>120</sup> Dr. Fleischer, CVP, war geschäftsführender Vorsitzender des parlamentarischen Aktionsausschusses Nord.

<sup>121</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Goerdeler, Nr. 10.

Am Abend des 24. Juni aber war der Putschplan, soweit er von v. Below abhing, gescheitert: Hindenburg hatte auf das Schreiben v. Belows vom 22. Juni hin den General zur Disposition gestellt.

Nun bewährte sich das preußische Prinzip von Befehl und Gehorsam: v. Below akzeptierte den Befehl Hindenburgs sofort. Er ließ Batocki und den Regierungspräsidenten von Allenstein, v. Oppen, zu sich bitten und eröffnete ihnen, nach dem Bescheid Hindenburgs könne nur noch im Sinne der Reichsregierung gehandelt werden. Er werde jeden Versuch, entgegen seinen Befehlen vorzugehen, schärfstens unterdrücken.

Am frühen Morgen des 25. Juni traf Cleinow und der Volksratsausschuß für Posen und Westpreußen in Danzig ein, um mit den Generalstabsoffizieren des Generalkommandos, unter ihnen Goerdeler, und zivilen Politikern, vor allem v. Batocki und v. Oppen, zu konferieren. Das Auseinanderbröckeln des Putschversuches wird wieder in den Aufzeichnungen Goerdelers deutlich:

„Cleinow entwickelt ganz vernünftig sein dem meinen anscheinend entsprechendes Programm. Fünf Männer (Batocki, Fleischer, v. Oppen, Cleinow, ein Graudenzer Sozialist) sollen Führung politischer Aktion übernehmen. Batocki und Oppen erscheinen. Cleinow entwickelt sehr ungeschickt seine Absichten, läßt Notwendigkeit des Kampfes mit Polen ganz in Hintergrund treten und bittet beide, die Führung zu übernehmen. Sie lehnen ab, vor allem, da Below nicht mehr mitmacht. Nun versagt Cleino völlig. Er erklärt schließlich als einzigen Zweck östlicher Sonderaktion, einen General einzusetzen, der Truppen in Ruhe nach Hause führt. Cleinow macht auf mich Eindruck eines politischen Narren. Sitzung endet mit vollem Fiasko für Volksräte . . .“<sup>122</sup> Kurze Zeit hoffte man noch auf die Nachricht, daß General v. Lossberg in Schlesien etwas unternehmen werde; aber Lossberg hatte längst erkannt, daß die Lage zu verfahren war, und hielt sich zurück<sup>123</sup>.

Am 26. Juni veröffentlichte Batocki in den ostdeutschen Zeitungen eine Erklärung, in der er die Entscheidung der Nationalversammlung akzeptierte, die Bildung eines Oststaates „unter den gegebenen Umständen“ als unrealistisch verurteilte und die Bevölkerung zur Ruhe mahnte<sup>124</sup>. Seine Einsicht legte Batocki, der gleichzeitig seinen Rücktritt erklärt hatte, seinem Nachfolger, August Winnig, in einem Memorandum dar, das bereits am 25. Juni, also vor seinem Gespräch mit v. Below, entstanden war, und das darauf schließen läßt, daß der Oberpräsident zu dem Zeitpunkt bereits resigniert hatte. Der Gedanke einer Bildung eines Nordoststaates, heißt es darin, „hatte nur Sinn, solange die Möglichkeit selbständiger militärischer Verteidigung in Frage kam. Jetzt muß er entschieden zurückgewiesen werden, da dies nicht mehr der Fall ist und da jetzt nur die Klarheit des deutschen Standpunktes in den Abstimmungsgebieten dadurch getrübt werden kann . . .“<sup>125</sup>.

<sup>122</sup> Bundesarchiv, ebd.

<sup>123</sup> Ebd., Aufzeichnung v. 26. Juni 1919.

<sup>124</sup> Danziger Zeitung, Nr. 291, 27. 6. 1919.

<sup>125</sup> „Richtlinien für die Politik des nächsten Jahres in der Nordostmark“, in: Staatliches Archivlager Göttingen, Rep. 2, Nr. 1580.

## X

Damit war der Oststaatgedanke gescheitert. Mit beschwörenden Worten wandten sich die ostdeutschen Kommandeure an die Truppe, nun ja nicht die Nerven zu verlieren, denn, wie Oberst Heye in einem Bericht vom 21. Mai 1920 schrieb, „die begeisterte, frische Kampf Stimmung der im Ostgrenzschutz stehenden Truppe nunmehr abzdämpfen war ungeheuer schwer“<sup>126</sup>. Oberst v. Thaer machte am 27. Juni eine Rundfahrt durch das Gebiet, das jetzt an Polen abgetreten werden mußte. „Überall herzerbrechende Szenen und Aussprachen, die mich ganz und gar zunichte machten, immer das gleiche Argument ‚die Truppe will doch kämpfen, so lassen Sie sie doch vorgehen. Dann wird ja alles werden! Sie können uns ja garnicht im Stich lassen‘.“<sup>127</sup> Die Gefahr eines eigenmächtigen Vorgehens der Truppe war derart groß, daß Oberst Heye am 28. Juni an die Chefs der Generalstäbe der dem AOK Nord unterstellten Armeekorps einen in äußerst scharfer Form gehaltenen Befehl erlassen mußte, in dem es hieß: „Es sind heute vom Oberkommando Nord zwei Erlasse herausgegangen, die erklärten, daß ein Kampf für das Bestehen der Ostmark aussichtslos und daher unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Ich halte es für meine Pflicht, hierauf die Herren Chefs nochmals besonders hinzuweisen, damit bekannt ist, daß Offiziere, darunter auch Generalstabsoffiziere, sich solchen Weisungen von oben nicht fügen zu können glauben und weiterhin mit dem Gedanken spielen, die Truppe zum Angriff begeistern und damit die Ostmark retten zu können. Nachdem ich sowohl in Weimar als auch hier in den Ost-Provinzen nach eingehender Prüfung klar erkannt habe, daß ein Kampf der Truppe gegen die Polen zur Rettung der Ostmark jeder Unterstützung der Behörden und Bevölkerung entbehren und ihm damit ein unrühmliches Ende schnell bereitet werden würde, ist es meine harte Aufgabe, einen solchen Kampf unter allen Umständen zu verhindern. Ich rechne hierbei bestimmt auf die loyale Unterstützung der Generalstabsoffiziere und verlange von ihnen, daß sie, auf die jede Truppe in erster Linie sieht und hört, auf Offiziere und Mannschaften entsprechend klipp und klar einwirken, ja daß sie sich nötigenfalls mit aller Energie etwaigen Sonderbestrebungen der Truppe entgegenstellen. Glauben einzelne Generalstabsoffiziere, diese Aufgabe nicht übernehmen zu können, um der Welt gegenüber nicht als „Schwächling“ erscheinen zu müssen, so kann ich nur dringend raten, daraus sofort die richtigen Folgerungen zu ziehen.“

Ich bitte Vorstehendes allen Generalstabsoffizieren des dortigen Befehlsbereichs bekanntgeben zu wollen“<sup>128</sup>.

Es sollten dennoch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein, bis die nach dem Friedensvertrag zu räumenden Gebiete von den deutschen Truppen verlassen waren. Noske schrieb noch am 19. Juli an den Reichsministerpräsidenten: „Die

<sup>126</sup> In: Bundesarchiv, Nachlaß Luetgebrune, Nr. 24.

<sup>127</sup> Thaer, Generalstabsdienst, a. a. O., S. 319.

<sup>128</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Luetgebrune, Nr. 24.

militärische Räumung der abzutretenden und der für die Abstimmung vorgesehenen Ostgebiete wird sich voraussichtlich nicht ganz ohne Reibungen durchführen lassen. Die Truppe ist für die Kampfaufgabe in langer Zeit erzogen worden, und sträubt sich nun gegen die Preisgabe dieser Gebiete ohne jede Gegenwehr.“<sup>129</sup>

Tatsächlich ließen sich mehr als die Hälfte der Grenzschutztruppen lieber ins Baltikum abtransportieren oder marschierten illegal dorthin, anstatt sich den Befehlen der Regierung zu beugen<sup>130</sup>.

Der Oststaat-Plan hat, auch noch später, eine große Faszination auf viele Geister ausgeübt. Er kam einer damals weit verbreiteten Tendenz, im „Osten“ ein Gegengewicht gegen den „Westen“ zu schaffen, gegen Versailles, gegen alles das, was an dem gegenwärtigen Elend in Deutschland die Schuld zu tragen schien, entgegen. Nicht untypisch ist der Ausspruch Cleinows, des unermüdlischen Befürworters der Ostsezeession, der heftig gegen den „westlichen“ Antibolschewismus Stellung bezog: „Die einigende Parole: Nieder mit dem Bolschewismus! bedeutet Ausschaltung Rußlands als Bundesgenossen gegen Polen und damit Verzicht auf die Herstellung einer Lage im Osten, wie sie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu den drei Teilungen Polens geführt hatte.“<sup>131</sup>

Und so tauchten Oststaatprojekte immer wieder auf und beunruhigten alliierte Diplomaten und Geheimdienste. Am 14. Juli berichtete der britische Resident in Libau, Grant Watson, an Earl Curzon, nachdem die ersten Oststaat-Pläne Ende Juni aufgegeben worden seien, seien nun geheime Verhandlungen zwischen dem neuen ostpreußischen Oberpräsidenten, Winnig, und der litauischen Regierung zwecks Bildung eines losen Staatenbundes mit demokratischer Verfassung und ohne Bindung an Deutschland im Gange<sup>132</sup>. Am 30. Oktober erhielt Lord Curzon ein aufgeregtes Telegramm von dem britischen Beauftragten in Kowno, Oberst Ward, der aus zuverlässigen Quellen erfahren haben wollte, daß man kurz vor der Gründung eines neuen Staates namens „Ostdeutschland“ stehe, der sich aus Ostpreußen, Litauen und Lettland zusammensetzen werde und sich vorübergehend von Deutschland lösen wolle, um dem alliierten Druck zu entgehen<sup>133</sup>. In einem am 11. November folgenden Telegramm führte Oberst Ward die näheren Umstände aus, unter denen der neue Staat entstehen werde: „Ostdeutschland“ soll danach vor allem militärisches Übungsgelände sowie Standorte für Munitionsfabriken bereitstellen und so als Ausgangspunkt für ein „größeres Deutschland“ dienen<sup>134</sup>.

Pläne dieser Art wurden zweifellos gehegt, sie waren die hoffnungslosen Wunsch-

<sup>129</sup> Bundesarchiv, R 45 I/374.

<sup>130</sup> Karl v. Plehwe, Im Kampf gegen die Bolschewisten, Die Kämpfe des 2. Garde-Reserve-Regiments zum Schutz der Grenze Ostpreußens Januar–November 1919, Berlin 1926, S. 23f.

<sup>131</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 197.

<sup>132</sup> Documents on British Foreign Policy 1919–1939, hrsg. v. Woodward, E. L. und Butler, Rohan, 1st ser. 1919–1929, vol. III, Nr. 14, S. 22.

<sup>133</sup> Ebd., Nr. 172, S. 206.

<sup>134</sup> Ebd., Nr. 192, S. 221.

träume verbitterter, politisch aber gänzlich einflußloser Freikorpsoffiziere, die den Oberst Ward so beeindruckt hatten.

Der Oststaat war für diejenigen, die ihn anstrebten, und die von ihm aus die nationale Erneuerung in das Reich hineintragen wollten, im Grunde nur ein Wunschtraum, eine politische Utopie, die in keinem Stadium ihres Bestehens ernsthaft Chancen gehabt hatte. Bereits in der Uneinigkeit seiner Verfechter und in der Unklarheit seiner Konzeption war sein Scheitern angelegt. Für die Zivilbeamten in den Ostprovinzen, soweit sie ihm anhängen, hatte ohnehin nur die Möglichkeit einer Sezession bei – ausgesprochener oder stillschweigender – Zustimmung der Reichsleitung bestanden. Daß gegen den Willen der Reichsregierung gehandelt werden sollte, läßt sich aus keiner überlieferten Äußerung eines Zivilbeamten ersehen; dagegen finden sich zahlreiche Bemühungen Batockis, Winnigs und anderer führender Verwaltungsbeamter, klare Stellungnahmen der Reichs- und der preußischen Regierung zu der Frage eines Oststaates zu erhalten. Daß deutliche Weisungen aus Berlin bis zum Rücktritt des Kabinetts Scheidemann ausbleiben, war ein entscheidender Grund dafür, daß diese Pläne überhaupt soweit vorangetrieben werden konnten. Als etwa Batocki während der Besprechung der obersten Verwaltungsbeamten der Ostprovinzen mit dem preußischen Innenminister am 5. und 6. Juni 1919 äußerte: „Es wäre uns erwünscht zu wissen, welche Wünsche die Regierung für den Fall hat, daß sie die Unterzeichnung des Friedens ablehnt. Wenn im Osten gekämpft werden soll, während im übrigen Reich kein Widerstand geleistet wird, dann ist das nach meiner Auffassung nur im Rahmen eines selbständigen Oststaates möglich“, erklärte Minister Heine, eine Antwort darauf sei unmöglich; auch die Reichsregierung habe es abgelehnt, für diesen Fall Stellung zu beziehen<sup>135</sup>. Über die Gründe, die die Reichs- und preußischen Regierungen zu derartig verschwommenen Stellungnahmen bestimmten, können nur Vermutungen angestellt werden, es mag sein, daß man die Größe des Problems verkannt hatte, es mag aber auch sein, daß man in Berlin glaubte, durch eine Zurückweisung dieser Pläne und mit dem Befehl, unter keinen Umständen im Osten über die Demarkationslinie vom 16. Februar hinauszugehen, in Versailles den Eindruck zu erwecken, als habe sich die deutsche Regierung mit den Bestimmungen des alliierten Friedensvertragsentwurf bereits abgefunden. Auch mögen innerpolitische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, wie der Wunsch, die Unruhe im Osten nicht durch Ruheparolen, die als den nationalen Interessen widersprechend angesehen werden könnten, anzuheizen. Schließlich kann der Verdacht nicht gänzlich von der Hand gewiesen werden, daß man sich für alle Fälle alle Möglichkeiten offenlassen wollte. Jedenfalls kann den Zentralstellen in Berlin der Vorwurf nicht erspart werden, daß ihr undurchsichtiges Verhalten in diesen Fragen die Sezessionspläne im Osten begünstigte.

Jedoch kann die grundsätzliche Regierungstreue von Männern wie v. Batocki, v. Oppen oder v. Bülow nicht in Frage gezogen werden; in dem Augenblick, in

<sup>135</sup> Bundesarchiv, R 43 I/1830.

dem die Reichsregierung sich zu klaren Stellungnahmen aufraffte, distanzierten sie sich ebenso entschlossen von den Oststaat-Plänen, die für sie bis dahin lediglich ein mögliches Instrument preußisch-deutscher Staatsraison gewesen waren, das sich nunmehr als untauglich erwiesen hatte.

Eine gewisse Sonderstellung unter den Zivilbeamten nahm freilich einer der entscheidenden Befürworter des Oststaats, der Reichskommissar Winnig, ein. Im Gegensatz etwa zu Batocki war er politischer Beamter und als Vertreter einer Regierung, in der die Mehrheitssozialisten in der Überzahl waren, in den Ostprovinzen tätig; freilich hatte er sich bereits vor dem Weltkrieg innerlich von der Sozialdemokratie getrennt und deutsch-völkischen Vorstellungen genähert. Welche Grundhaltung seine Auffassungen in der Oststaatfrage bestimmte, wird deutlich in seiner Schilderung eines Gesprächs, das er Anfang Juni 1919 mit Groener hatte, den er zu überreden versuchte, das Sezessionsprojekt zu unterstützen. Groener, so berichtet Winnig, habe erklärt, nur in der Unterschrift könne die politische Zukunft des Reichs liegen. Auf den Einwurf Winnigs, die „Schmach und Schande des Friedens“ dürfe nicht hingenommen werden, habe Groener erklärt, die Ehre eines Volkes könne auch in der Fähigkeit liegen, wie dieses Volk mit seinen sozialen Fragen fertig werde. „Ich hörte ihn ruhig an und dachte, wie seltsam es doch sei, daß ein General ein solches Ideal preise, das man eher bei mir suchen könne, während ich Plänen nachging, die gerade dem General naheliegen sollten: wir waren wie zwei Menschen, die ihre Seelen vertauscht hatten.“<sup>136</sup> Nichts charakterisiert diesen sozialistischen Vertreter einer republikanischen Reichsregierung besser als diese Episode; dennoch dachte auch Winnig nicht an ein selbständiges Vorgehen im Osten, nachdem die Entscheidung der Reichsregierung gefallen war.

War auf dieser Seite eine – jedenfalls grundsätzliche – regierungstreue Grundhaltung vorhanden, die mithalf, den Oststaat-Plan rechtzeitig zu Fall zu bringen, so war die Lage bei den beiden anderen Hauptgruppierungen im Lager der Oststaatanhänger, den Militärs und den Volksräten, anders.

Daß zumindest bei einem erheblichen Teil der ostdeutschen Militärs von Regierungstreue kaum die Rede sein konnte, sollten die Ereignisse des Kapp-Putsches zeigen. General v. Below, der militärische Hauptexponent der Oststaat-Pläne, war zwar zu diesem Zeitpunkt zur Disposition gestellt; wie hoch aber seine Regierungstreue zu bewerten war, ergibt sich aus einer Aufzeichnung von seiner Hand, die er anlässlich einer Besprechung in Berlin am 8. Juni 1919 angefertigt hatte, an der neben ihm noch Ludendorff, der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Kapp sowie die Generale v. Lüttwitz und v. Lossberg teilnahmen. Nachdem das Fazit aus dem mißglückten Putschversuch gezogen worden war, empfahl v. Below nach seinen eigenen Angaben, mit einem neuen Staatsstreich zwei Jahre zu warten, „und bis dahin enge Fühlung mit Lüttwitz zu halten, dessen Ansichten ich kenne und der durch seine Berliner Stellung der gegebene Mann sei“<sup>137</sup>. Die Bereitschaft

<sup>136</sup> Winnig, Heimkehr, a. a. O., S. 214.

<sup>137</sup> „Kapps erster Versuch“, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, N 87/35.

zu einem Vorgehen gegen den Willen der Reichsregierung war also, sogar sehr deutlich, vorhanden, aber ebenso wie im zivilen Verwaltungsbereich funktionierte auch hier das Prinzip von Befehl und Gehorsam; der Gedanke, entgegen Hindenburgs Befehlen zu handeln, war für den in altpreußischen Kategorien denkenden v. Below unvorstellbar.

So standen die eigentlichen und konsequentesten Träger des Oststaat-Planes, die Volksräte, und ihr Hauptvertreter, Georg Cleinow, alleine da. Wie gering die Bindung an die Berliner Regierung in diesen Kreisen war, wurde spätestens auf der Kundgebung der Deutschen Vereinigung in Bromberg am 25. Juni 1919, also nach dem Verzicht v. Belows und der Oberpräsidenten auf die Sezessionspläne, deutlich. Obwohl Cleinow noch an dem Morgen dieses Tages, nach den Aufzeichnungen Goerdelers, von seinen ursprünglichen Plänen abgerückt war<sup>138</sup>, erklärte er in Bromberg vor einer großen Volksmenge: „In dieser Stunde tritt die Frage an uns heran, ob wir heute noch irgend einen Zusammenhang mit dieser Regierung haben (Stürmische Rufe: Nein, nein!). Auch ich sage: Wir haben mit den Männern in Berlin, die uns in diese Stunde geführt haben, keine Gemeinschaft!“<sup>139</sup> Hier wird der entscheidende Unterschied zwischen den Volksräten und den beamteten Befürwortern des Oststaats deutlich: fußte etwa Batocki auf einer rational begründeten preußischen Staatskonzeption, so war für Cleinow eine wesentlich emotional bestimmte deutsch-völkische Vorstellung maßgebend, die ihm Staat und Staatsform hinter den Volksinteressen, wie er sie verstand, zurückstehen ließen. „Nur ein Staatswesen“, sagte er am 26. Juni in Bromberg, „das geeignet ist, die nationalen Kräfte . . . hinzusetzen an den Ort, wo es richtig ist, kann uns heute halten, und dieses Staatswesen kann bei dem Zustand, in dem sich heute die Berliner Regierung befindet, leider das deutsche Reich nicht sein.“<sup>140</sup> Dieses Primat des völkischen Elements vor dem staatlichen wurde noch verstärkt durch seine Abneigung gegen alles Verwaltungstechnische in der deutschen Zivilverwaltung, das nach seiner Meinung das „völkisch begründete Bewußtsein“ in den preußischen Verwaltungsbeamten abgetötet hatte; „das Schicksal der deutschen Menschen werden die Ostmärker gezwungen, selbst in die Hand zu nehmen, denn Regierungspräsident und Landräte bleiben unentwegt paritätische Beamte“<sup>141</sup>. Freilich war auch die Volksrats-„bewegung“ Cleinows nicht in der Lage, ohne Unterstützung der Militärs und des Verwaltungsapparates zu putschen, und bereits am 2. Juli 1919 berichtete der Regierungspräsident in Bromberg, v. Bülow, an den preußischen Innenminister, die „Schwenkung des Geheimrats Cleinow“ sei „inzwischen vollständig erfolgt“<sup>142</sup>. Nach der Aufgabe ihrer Sezessionsabsichten blieb den deutschen Volksräten nur noch ihre Aufgabe als Vertreter der deutschen Interessen im polnischen Staat; Cleinow blieb in Bromberg und führte die Auflösung der Volks-

<sup>138</sup> Bundesarchiv, Nachlaß Goerdeler, Nr. 10.

<sup>139</sup> Nach: Ostdeutsche Rundschau, Nr. 146, 26. 6. 1919.

<sup>140</sup> Ebenda.

<sup>141</sup> Cleinow, Verlust der Ostmark, a. a. O., S. 378 f.

<sup>142</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 90/2231.



räte und ihre Umwandlung in die Deutsche Partei durch; nach deren Einzug in den polnischen Sejm arbeitete er nur noch als politischer Publizist.

So verschieden gerichtet die einzelnen Gruppen der Oststaatverfechter waren, so unklar waren die Pläne, die sie hegten. Zwischen den umfassenden Vorstellungen Winnigs, der einen losen Staatenverband zwischen den baltischen Staaten, dem deutschen Osten und der Ukraine ins Auge gefaßt hatte, und dem Plan Cleinows, der einen deutsch-polnischen Pufferstaat, bestehend aus Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien, projektierte, bestand eine weite Spanne von mehr oder weniger ausgefeilten Plänen und Vorstellungen, denen allen das eine gemeinsam war, daß nur das militärische Instrument ihnen zum fragwürdigen Erfolg verhelfen konnten. Hinter allen diesen Konzeptionen, ob sie nun mit oder ohne Hilfe der Reichsregierung, mit oder gegen Polen, mit weißen oder mit roten Russen verwirklicht werden sollten, standen Vorstellungen der Vorkriegszeit, die der gänzlich veränderten Lage im Jahre 1919 nicht gewachsen waren. Das große und revolutionäre Ereignis in der Folge des Ersten Weltkriegs, die Heraufkunft der slawischen Völker aus den Trümmern der deutschen, österreichischen und russischen Vielvölkerstaaten, wurde von den Vertretern des Oststaats nicht anerkannt, ja nicht einmal gesehen. Im Grunde verfocht man in den Ostprovinzen noch imperialistische Pläne, in denen die Polen die Rolle minderwertiger Kolonialvölker zu spielen hatten. Nur wenige waren darin realistischer, wie etwa der Polenkenner Cleinow, aber gerade in seiner Person und in seinen Konzeptionen wird das ganze Dilemma der Volkstumspolitik in den Ostmarken deutlich: in letzter Minute bot Cleinow an, „zusammen mit den Polen ein Staatswesen zu bilden, das die Kräfte beider Nationalitäten für das Wohl der Gesamtheit und jedes einzelnen von uns verwerten kann“<sup>143</sup>. Dazu jedoch war es zumindest ein halbes Jahrhundert zu spät.

Die Oststaat-Pläne scheiterten also an der Uneinigkeit ihrer Verfechter, an der Unklarheit und der grundsätzlichen Irrealität ihrer Zielsetzungen, an der Entschlußlosigkeit ihrer führenden Kräfte. Vor allem aber scheiterten sie daran, daß die OHL in klarer Einschätzung der Lage ihre Mitwirkung verweigerte, und an der grundsätzlich obrigkeitstreuen Einstellung, der „revolutionären Impotenz“<sup>144</sup> maßgebender Militärs und Zivilbeamter. So blieb der Oststaat-Plan eine weithin unbeachtete Episode, unbekannt, aber nicht unwesentlich, denn hier wurden zum erstenmal offene Differenzen zwischen der republikanischen Reichsregierung auf der einen und einem Teil der Militärs und der konservativen Politiker auf der anderen Seite sichtbar, die in kommenden Ereignissen, im Baltikumunternehmen und im Kapp-Putsch, erst in ihrer ganzen Tragweite hervortreten sollten.

<sup>143</sup> Während seiner Rede am 26. 6. 1919 in Bromberg, in: Ostdeutsche Rundschau, Nr. 146, 27. 6. 1919.

<sup>144</sup> Michael Freund, Deutsche Geschichte, Gütersloh 1960, S. 544.